

KOMMUNALPOLITIK

3/2011

Forum

Grüne/Alternative in den Räten NRW e.V. · Jahrgang 15 · Heft 3 · Juli-September · ISSN 1616-4806

Generationengerecht und selbstbestimmt

Leben im Quartier

Liebe Leserinnen und Leser,

gerade zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe lässt das Bundesfinanzministerium eine neue Hiobsbotschaft aus dem Sack! Na gut, nicht so ganz, aber der Kopf schaut schon grimmig raus. Bundesfinanzminister Schäuble lässt durchrechnen, was eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 69 Jahre bringt. Bei den internen Berechnungen handele es sich nur um „rein theoretisch denkbare Möglichkeiten“ und nicht um konkrete Vorschläge, so das Ministerium. Sicher – die Wenigsten werden bis 69 arbeiten können, aber dafür gibt’s dann für alle anderen die sich vorher zur Ruhe setzen, den unschönen, sparenden Abzug.

Noch sind nicht einmal die Voraussetzungen für die „Rente mit 67“ am Arbeitsmarkt geschaffen. Laut Bundesagentur für Arbeit beschäftigen mehr als ein Drittel aller Betriebe nur MitarbeiterInnen, die jünger als 50 Jahre alt sind. Nur zehn Prozent der neu eingestellten ArbeitnehmerInnen sind älter als 50 Jahre. Und knapp die Hälfte aller 55-Jährigen ist nicht mehr berufstätig. Bereits die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 bedeutet also für viele Ältere eine Verlängerung ihrer Arbeitslosigkeit und damit Abschläge bei der Rentenhöhe. Ein Renteneintritt mit 69 würde das Problem verschärfen und die Altersarmut vergrößern.

Auch in den Betrieben stimmen die Voraussetzungen noch längst nicht. Die wenigsten Betriebe sorgen dafür, dass die Arbeitnehmer gesund in einer Erwerbsarbeit bleiben, von der sie auch leben können. Dafür braucht es mehr betriebliche Altersvorsorge, mehr Weiterbildung und mehr Gesundheitsförderung. Das machen derzeit aber nur ein Fünftel der Betriebe, so der Sozialverband VdK.

Also liebe Grüne, schon das kleine Tages-Fitnessprogramm am Arbeitsplatz absolviert? Den Vertrag zur betrieblichen Altersvorsorge abgeschlossen? Den Arbeitsplatz auf Rückentauglichkeit getestet? Den Bildschirm Ü-50 gerecht eingenordet? Oder den ergonomisch geformten Büromassagesessel ausprobiert? Und was haltet ihr eigentlich von Forum Kommunalpolitik in 12er Schriftgröße?

Wir wünschen euch jedenfalls anregende Lektüre mit dieser Ausgabe.

Dunja Briese
-Redaktion-

inhalt

thema	
Stärkungspakt Stadtfinanzen	3
personalia	
Andreas Wiebe	4
Ernst Christoph Stolper	4
Forum	
Leben im Quartier. Generationengerecht und selbstbestimmt	5
Leben und altern im Quartier	6
Die Lebensbedingungen menschlicher machen	8
Ambulant betreute Wohngemeinschaften	10
Die Vision des generationengerechten Quartiers.....	13
Wohnprojekte im Quartier	16
Das Amt für Altenarbeit der StädteRegion Aachen	18
Demographische Entwicklungsplanung	20
Das Ledo-Mehrgenerationenhaus	22
thema	
Eckpunkte für Sekundarschule stehen.....	25
Energiewende durch Energieparks	26
service/info	
Stärkungspakt Stadtfinanzen	27
Austausch von Geoinformationen	27
Kartellbeschluss zu Wasserpreisen aufgehoben	28
Gebührenbescheid durch Private	28
rezension	
Baugruppen und Wohngruppenprojekte	30
Das Lebende lebendiger werden lassen.....	30
GARnet	
Demographie und Demenz	31

impresum

Forum Kommunalpolitik erscheint viermal im Jahr und wird an die Mitglieder der GAR NRW kostenlos abgegeben. Der Abonnentenpreis für Nicht-Mitglieder beträgt 18,40 € inklusive Versandkosten. Der Einzelpreis beträgt 5 €. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GAR NRW wieder. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge in gekürzter Form abzdrukken. Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion und unter Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: GAR NRW, Grüne/Alternative in den Räten NRW
Jahnstr. 52 · 40215 Düsseldorf
Fon: 0211-38476-0
E-mail: info@gar-nrw.de
Web: www.gar-nrw.de

Redaktion, V.i.S.d.P: Dunja Briese, Fon: 0211-38476-16, briese@gar-nrw.de

Redaktionelle Mitarbeit: Volker Wilke, Gönl Eglence

Anzeigen: Dunja Briese

Layout: Birgit Beckmann-Engelmann, Roland Lang
Titelfoto: Roland Lang
Fotos: Städteregion Aachen S. 11, 19
Stadt Bielefeld S.21
Gerhard Joksch S. 27
Roland Lang S. 5, 7
Ledo e.V. S. 23
WohnBund Beratung NRW S. 17

Druck: TIAMATdruck GmbH, Düsseldorf
ISSN: 1616-4806

Thema der nächsten Ausgabe: Religion
Redaktionsschluss: 01.11.2011

Kommunale Spitzenverbände begrüßen Landeshilfe

Stärkungspakt Stadtfinanzen

Die Kommunen in NRW begrüßen die Absicht des Landes, überschuldeten Kommunen Hilfe bei der Haushaltskonsolidierung zur Verfügung zu stellen und sehen darin einen wichtigen Schritt.

Städte, Kreise und Gemeinden halten die vom Land vorgesehenen jährlich 350 Millionen Euro jedoch für zu niedrig und kritisieren es als inakzeptabel, dass das Land in einer zweiten Stufe Hilfen allein aus kommunalen Mitteln finanzieren will, ohne selbst Gelder bereitzustellen. Im weiteren Verfahren seien noch grundlegende Fragen zur Konzeption der Hilfestufen zu klären.

Die kommunalen Spitzenverbände erklärten: „Angesichts der katastrophalen Finanzlage der Kommunen in NRW ist der Stärkungspakt Stadtfinanzen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und großer Fortschritt.“ Es sei ausdrücklich zu begrüßen, dass die Landesregierung mit ihrer Initiative die Verantwortung des Landes für seine Kommunen unterstreiche.

„Den Kommunen in NRW fehlen – durch ein Gutachten im Auftrag des Landes belegt – jährlich mindestens 2,5 Milliarden Euro, um ihre Haushalte ausgleichen zu können. Diese gewaltige Lücke – in deren Berechnung die Entwicklung der Soziallasten nach 2009 noch gar nicht berücksichtigt ist – macht die Dramatik der Lage deutlich. Die Mittel des Landes – in Höhe von jährlich 350 Millionen Euro für eine erste Stufe – sind vor diesem

Hintergrund ein unverzichtbarer Einstieg in die finanzielle Sanierung der NRW-Kommunen. Eine Lösung der strukturellen Finanzprobleme ist damit aber noch nicht möglich.“

Die Notwendigkeit weiterer Stufen erkenne das Land im Grundsatz an. Es sei jedoch nicht akzeptabel, dass diese Ausweitung der Hilfen – bis zu einer Höhe von 310 Millionen Euro jährlich – allein aus kommunalen Mitteln finanziert werden solle. „Wir verschließen uns nicht generell einem Gespräch über eine kommunale Mitfinanzierung. Nicht hinnehmbar aber ist, dass fehlende Finanzmittel des Bundes und des Landes im Wege der interkommunalen Solidarität aufgebracht werden sollen. Dies kann allenfalls diskutiert werden, wenn das Land bereit ist, im Sinne eines nachhaltigen Gesamtkonzeptes eine Finanzierung der weiteren Hilfestufen sicherzustellen, die seiner Verantwortung gerecht wird.“ Denn das Land stehe in der Pflicht, eine aufgabengerechte Finanzausstattung seiner Kommunen zu gewährleisten.

Quelle: StGB NRW

Die Inhalte sind in den „Eckpunkten für die Umsetzung des Stärkungspaket Stadtfinanzen“ formuliert, die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung beschlossen wurden. Grundzüge des Eckpunktepapier gibt es auf der Seite 28, das Dokument unter www.gar-nrw.de und www.mik.nrw.de

+++ Land hilft klammen Kommunen bis 2020 +++

Der Stärkungspakt Stadtfinanzen entlastet die von Überschuldung bedrohten Kommunen in NRW und soll in den nächsten zehn Jahren mehrstufig notleidenden Kommunen zu einem Haushaltsausgleich verhelfen. Dazu erklärt der kommunalpolitische Sprecher Mehrdad Mostofizadeh, MdL:

Nachdem CDU und FDP jahrelang zu Lasten der Kommunen gewirtschaftet haben, wird nunmehr ein nachhaltiger Entschuldungsplan vorgelegt. Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen unternimmt die rot-grüne Landesregierung weitere erhebliche Schritte zur Entlastung der zum Teil dramatischen Finanzlage der Kommunen in NRW. In 2011 stehen 350 Mio. Euro zur Verfügung, ab 2012 steigt die Konsolidierungshilfe in jährlichen Schritten auf insgesamt etwa 660 Mio. Euro im Jahr 2014 an.

Glücklicherweise hat sich innerhalb der CDU zumindest jener Teil durchgesetzt, der ebenfalls wie

Grüne und SPD eine echte Entschuldung der Kommunen wollen. Wir Grüne begrüßen die frühzeitige Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände am Gesetzgebungsverfahren und erhoffen uns nach den intensiven Vorgesprächen davon weitere wichtige Hinweise für die konkrete Ausgestaltung der Konsolidierungshilfe.

Aus unserer Sicht muss die besondere Nachhaltigkeit des Entschuldungsprogramms sichergestellt sein. Einerseits müssen die zur Verfügung stehenden Gelder effektiv und passgenau zum Haushaltsausgleich und zum Abbau der Kassenkredite eingesetzt werden, andererseits müssen die profitierenden Kommunen in besonderer Weise ihren Konsolidierungsprozess fortsetzen. All jene, die besondere Solidarität genießen, müssen diese durch besondere Verantwortung auch rechtfertigen.



Leiter des Landesbetriebs Wald und Holz

Andreas Wiebe

Neuer Leiter des Landesbetriebs Wald und Holz NRW ist Andreas Wiebe. NRW-Umweltminister Johannes Remmel hat dem 54-Jährigen in Münster die Ernennungsurkunde überreicht. Das Landeskabinett hat der Ernennung zugestimmt. Remmel: „Als Betriebsleiter, Stadtkämmerer, Regierungspräsident und Geschäftsführer eines Beratungsunternehmens, hat er sich einen guten Ruf und umfangreiches Wissen erarbeitet, wie man einen Betrieb mit mehr als 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in die Zukunft führt.“

Andreas Wiebe wurde 1957 in Bielefeld geboren. Er studierte von 1976 bis 1985 an der Universität Hannover Bauingenieurwesen in der Fachrichtung Wasserbau. Sein beruflicher Werdegang begann in der Stadtreinigung in Bielefeld, dessen Leiter er 1988 wurde. Unter seiner Federführung wurde das Abfallwirtschaftskonzept für die Stadt Bielefeld entwickelt. 1997 wechselte er als Stadtkämmerer nach Hamm, bevor er 2001 Regierungspräsident

im Regierungsbezirk Detmold wurde. Eines seiner Hauptaugenmerke dort war der Bürokratieabbau, der während seiner Dienstzeit begann. Nach dieser politischen Aufgabe arbeitet er ab 2006 für das Kommunalberatungsunternehmen GECON GmbH und Ökon Management GmbH in Mannheim und Bielefeld. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender FairPla.net e.G.

„Mit Andreas Wiebe werde der Landesbetrieb Wald und Holz einen sehr fähigen Leiter erhalten, der die Integrationsaufgaben aus der Vergangenheit umsetzen wird, dem Betrieb neue Impulse gibt und neue Geschäftsfelder erschließt. „Zudem wird er mit den Beschäftigten bei dem wichtigen Themenfeld ‚Wald/Natur/Rohstoffe‘ die richtigen Antworten für die gesellschaftlich notwendigen Fragen geben“, betonte Remmel.

Die GAR wünscht gutes Gelingen.

„Schnitze aus dem Holz, das Du hast.“

DB



Staatssekretär in Rheinland Pfalz

Ernst Christoph Stolper

Ernst-Christoph Stolper ist neuer Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung. Der grüne Umweltpolitiker war bisher Abteilungsleiter im NRW-Umweltministerium und dort für Strategien im Klimaschutz und für die Zukunft der Energiepolitik zuständig. Nun wird er unter Ministerin Eveline Lemke im ersten grünen Wirtschaftsministerium in einem deutschen Flächenland arbeiten.

Der Diplom-Politikwissenschaftler ist 1960 in Duisburg geboren. Interessanterweise begann seine politische Karriere bei den Jungdemokraten, deren Bundesvorsitzender er von 1986 bis 1989 war. Von 1991 bis 1995 war er persönlicher Referent der Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN im Landtag NRW. Erste Leitungspositionen besetzte Stolper unter der damaligen grünen Umweltministerin Bärbel Höhn. Zunächst bis 1996 als Leiter des Ministerbüros im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, NRW. Dann bis 2000 als Leiter der Planungsgruppe, bis 2005 als Leiter der Abteilung

Grundsatzangelegenheiten, Planung und Koordinierung, Eine-Welt-Politik, bis 2010 als Leiter der Abteilung Fachübergreifende Umweltangelegenheiten und Nachhaltige Entwicklung und schließlich bis 2011 als Leiter der Abteilung Klima, Energie und Umweltwirtschaft.

Den rot-grünen Koalitionsvertrag hat Stolper in Mainz bereits mitverhandelt. Dort wurde vereinbart, die Stromerzeugung im Land bis 2030 komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. Zudem soll Rheinland-Pfalz Stromexportland werden. Der grüne Pragmatiker hält den geplanten Umbau für realistisch. „Ich glaube, dass die Voraussetzungen dafür sehr gut sind, sowohl bei der Windenergie als auch bei der Photovoltaik. Allein aus erneuerbaren Energien werde das nicht zu machen sein. Zusammen mit der Energieerzeugung aus der Kraft-Wärme-Kopplung werde es aber bis 2030 zum Exportland reichen“. Nun freut er sich auf die neue, spannende Aufgabe und darauf, „das Land, den Wein und vieles andere kennenzulernen.“

Die GAR winkt aus der Ferne und wünscht viel Erfolg.

DB



Generationengerecht und selbstbestimmt Leben im Quartier

Selbstbestimmt leben im Alter ist Menschenrecht. Die UN-Menschenrechtskonvention fordert inklusive Lebensbedingungen, ein Leben in der Mitte der Gesellschaft, auch für ältere Menschen. Ältere und hochaltrige Menschen verbindet der Wunsch, so lange wie möglich, ein Leben im gewohnten und selbst gewählten Lebensumfeld führen zu können. Daher sind generationenübergreifende Versorgungsformen in den Quartieren unabdingbar. Die Herausforderung für die Stadt- und Gemeinderäte besteht darin, die Kommunen als Lebenswelten für künftige Generationen fit zu machen.

Wir haben uns umgesehen und qualifizierten Rat eingeholt, wie der Weg von der Betreuungsgesellschaft zur finanzierbaren Mitwirkungsgesellschaft eingeschlagen werden kann.

Barbara Steffens erläutert, was das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW anbietet, damit ein selbstbestimmtes Leben im Alter mit den dazugehörigen wohnortnahen Versorgungsstrukturen vor Ort entwickelt werden kann. Prof. Christel Bienstein gibt Empfehlungen, damit ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz Fuß fassen können. Harald Wölter und Arif Ünal skizzieren, wie ein generationengerechtes Quartier durch kleinräumige Netzwerke, neue Wohnformen und hohe Versorgungssicherheit erfolgreich zusammenwachsen kann. Gemeinschaftliche Wohnprojekte schaffen Lebensqualität und Stabilität im Quartier. Sabine Matzke berichtet aus der Praxis und stellt vor, wie Wohnprojekte und Initiativen durch die Kommunen unterstützt werden können. Günter Schabram und Manfred Borutta beschreiben das innovative Spektrum der Pflegeleistungen, die das Amt für Altenarbeit in der Städteregion Aachen erbringt. Die Demographiebeauftragte Susanne Tatje erläutert das Konzept der demographischen Entwicklungsplanung in Bielefeld. Wie das Ledo-Mehrgenerationenhaus in Köln entstanden ist und wie Menschen mit und ohne Handicap dort miteinander leben, haben wir in einem Interview erfragt.



Generationengerecht und selbstbestimmt

Leben und altern im Quartier

Barbara Steffens
Ministerin für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes NRW

Die Lebensqualität in einer Gesellschaft hängt wesentlich davon ab, ob die Menschen ihre Lebensentwürfe selbst bestimmen können. Dieses Selbstbestimmungsrecht darf nicht mit Eintritt des Alters und etwaiger Pflegebedürftigkeit aufgehoben werden. Ältere und hochaltrige Menschen verbindet der Wunsch, so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in ihrem gewohnten und selbst gewählten Lebensumfeld führen zu können.

Quartiersnahe Versorgungsstrukturen

Bereits im Jahr 2005 haben die Ergebnisse der Enquetekommission „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“ gezeigt, dass es dringend erforderlich ist, eine neue Systematik von Pflegestrukturen zu schaffen. Wir müssen stadtteilbezogene Pflegearrangements von unten her entwickeln. Die Gesundheits- und Pflegeangebote müssen auf die Menschen vor Ort zugeschnitten sein, da kann nicht eine bestimmte Struktur von oben verordnet werden.

Quartiere so zu gestalten, dass die Menschen auch in den verschiedenen Phasen des Alterns dort bleiben und versorgt werden können, entspricht nicht nur den individuellen Wünschen, sondern ist auch ein dringendes gesamtgesellschaftliches Erfordernis.

Die demographische Entwicklung und ihre erheblichen Auswirkungen auf die öffentlichen Kassen und die Sozialversicherungssysteme machen es erforderlich, älteren Menschen auch mit Pflegebedarf solange wie möglich ein Leben in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen und sie verbindlich durch kleinräumige Betreuungssettings optimal zu versorgen.

Anders als durch eine quartiersnahe Struktur der medizinischen und pflegerischen Versorgung, die Synergien nutzt und den Menschen in den Mittelpunkt des „Versorgungssystems“ stellt, wird eine zukunftsfeste soziale und medizinische Infrastruktur nicht gestaltbar und finanzierbar sein. Quartiersnahe und generationenübergreifende Versorgungsformen sind für eine qualitativ hochwertige Versorgungssicherheit in der Zukunft unabdingbar. Sind alte Menschen erst einmal sozial vereinsamt und ist eine Pflege nur noch stationär

möglich, sind die Kosten für die Sozialsysteme um ein Vielfaches höher. Hier den Präventionsgedanken anzusetzen, also in altersgerechte Quartiere und den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu investieren statt in soziale Pflichtkosten, ist das Gebot der Stunde.

Die Herausforderung für die Stadt- und Gemeinderäte im Zusammenspiel mit der Wirtschaft und Gesellschaft besteht darin, die Stadtquartiere als Lebenswelten für künftige Generationen fit zu machen.

Es sind Versorgungsstrukturen zu entwickeln, die auch bei eintretendem Pflegebedarf ein Verbleiben im eigenen Zuhause möglich machen. Gleichzeitig sind Rahmenbedingungen zu schaffen, damit eine ortsnahe Versorgung „in Pantoffelnähe“, wie beispielsweise Einkaufsmöglichkeiten, Arztpraxen und Orte der Begegnung, zur Verfügung steht.

Medizinische Versorgung

Für die Sicherung einer orts- und wohnortnahen medizinischen Versorgung wird es in Zukunft immer wichtiger, dass Maßnahmen getroffen werden, die eine flächendeckende ärztliche Versorgung – ob in der Stadt oder im ländlichen Raum – sicherstellen. Im Versorgungsstrukturgesetz, das derzeit, auch auf Initiative der Länder, auf Bundesebene auf den Weg gebracht wird, ist ein Bündel an Maßnahmen hierzu vorgesehen.

Unter anderem soll die Bedarfsplanung künftig flexibilisiert werden, um auf regionale Besonderheiten reagieren zu können.

Beabsichtigt ist auch, dass mobile Versorgungskonzepte und die Telemedizin – wichtig vor allem für den ländlichen Raum – ausgebaut werden sollen.

Das Land NRW fördert darüber hinaus seit 2009 Niederlassungen und Weiterbildungen von Hausärztinnen und Hausärzten in kleineren Städten und Gemeinden, die künftig von Hausärztemangel bedroht sein könnten, mit finanziellen Mitteln im Rahmen eines Hausärzteaktionsprogramms. Ziel der Landesregierung ist es, dieses Programm zu einem „Programm zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung“ mit weiteren Bausteinen zu entwickeln.

Baustellen im Quartier

Die Verkehrsinfrastruktur muss für ältere Menschen nutzbar sein. Im Krankheits- oder Pflegefall sollten Beratung und ein Fall-Management fußläufig und unproblematisch zur Verfügung stehen, auch für Angehörige oder Nachbarn.

Eine ambulante Pflege und Betreuung sollte sofort abgerufen werden können. Die Menschen sollen auch im Alter noch Kultur- und Bildungsangebote besuchen und Sport betreiben können.

Und nur das Quartier mit einer funktionierenden Nachbarschaft ermöglicht soziale Kontakte und schützt so vor Vereinsamung. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Vernetzung mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Einrichtungen notwendig.

Viele Kommunen haben sich bereits auf den Weg gemacht, um ihre Quartiere auf diese Entwicklung einzustellen. Andere suchen noch nach den passenden Antworten und Optionen, um die Selbstständigkeit und Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und zu steigern.

Zur Unterstützung einer altersgerechten Quartiersentwicklung muss an vielen „Baustellen“ gearbeitet werden denn so vielfältig wie die Bedarfe, müssen auch die Angebote und städtebaulichen Voraussetzungen für die älteren Menschen sein.

Demographiefeste Entwicklung

Das Land NRW möchte seinen Beitrag dazu leisten. Die Übergänge der Lebensphasen müssen so gestaltet werden, dass belastende Defizite in den Unterstützungssystemen weitestgehend vermieden werden. Mein Ziel ist ein selbstbestimmtes Leben im Alter im Quartier, mit dazu gehörigen wohnortnahen Strukturen.

Die Kommunen sind unsere wichtigsten Partner in diesem Bereich; denn ohne die Kommunen, die die Maßnahmen umsetzen müssen, geht es gar nicht. Die unterschiedlichen Ausgangslagen vor Ort sind dabei zu berücksichtigen. Schon jetzt gibt es dazu von den verschiedenen Stellen der Landesregierung viele Angebote, vor allem im Bereich der Stadtentwicklung oder zum Beispiel generationenspezifische Angebote wie SeniorenInnenbüros.

Eine wichtige Aufgabe für uns als Landesregierung wird sein, diese Angebote bestmöglich zu koordinieren. Wir müssen auch überlegen, welche Daten als Planungsfaktor für eine demographiefeste Entwicklung notwendig sind. Daher wollen wir als Land den Kommunen helfen, eine altersgerechte Quartiersentwicklung in den Städten und Gemeinden zu planen.

Aktionsplan für Kommunen

Die Landesregierung ist Anfang dieses Jahres mit allen betroffenen Verbänden in einen breit angelegten Dialog getreten. Damit möchten wir einen Prozess anstoßen. Unterschiedliche Blickrichtungen sind für uns sehr wichtig. Wir werden als Land kein Konzept vorlegen, wie ein „fertiges“ altersgerechtes Quartier aussehen soll. Es gibt nicht das eine Quartierskonzept für jede Kommune. Dabei ist meine Grundüberzeugung: Wir müssen von Beginn an alle einbeziehen, die Quartiere gestalten, wir müssen Partizipation nicht nur fordern, sondern umsetzen. Die Menschen wollen ihr Quartier mit gestalten. Individualität, Eigenverantwortung und Selbstverwirklichung ist den meisten Menschen sehr wichtig. Ich möchte diese Wünsche ernst nehmen.

Zurzeit entwickelt das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter eine Handreichung für Kommunen zur Planung und Umsetzung alter(n)sgerechter Quartiere. Diese wird aus einer Art Baukastensystem bestehen. Vor Ort, zum Beispiel in den kommunalen Gesundheits- und Pflegekonferenzen, kann entschieden werden, welche Bausteine umgesetzt werden können. Wichtig wird sein, dass die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in den Kommunen mit ihren zum Teil sehr heterogenen Stadtteilen auch zielgerichtet angesprochen werden.

Es würde mich freuen, wenn Sie durch entsprechende Entscheidungen in den Stadt- und Gemeinderäten vor Ort die Quartiersentwicklung des Landes NRW mit Ihren Möglichkeiten unterstützen und es gelingen würde, wirklich allen alten Menschen ein Leben in der Mitte der Gesellschaft zu ermöglichen.



Mit der Power eines Ministeriums

Die Lebensbedingungen menschlicher machen

Seit dem 15. Juli 2010 ist Barbara Steffens Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW. Forum Kommunalpolitik hat nachgefragt, welche Chancen und Anforderungen mit diesem Amt einhergehen und welche Themen Barbara Steffens am Herzen liegen.

Forum *Womit verbringt die Ministerin Steffens die meiste Zeit?*

Barbara Steffens: Mit Reden, entweder bei Terminen und Veranstaltungen oder in Gesprächen mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren aus dem Gesundheits- und Pflegesystem.

Forum *Wie lang ist so ein Arbeitstag?*

Barbara Steffens: Der fängt normalerweise spätestens um zehn vor acht an und endet meistens mit der Postmappe, mit der ich dann im Bett einschlafe.

Forum *Und wann denkt die Ministerin?*

Barbara Steffens: Zwischendurch, im Auto, beim runter tragen des Mülls oder mit der Postmappe im Bett. Ich verarbeite die Informationen aus den Gesprächen in den kleinen Zeitfenstern zwischendurch. Und dann gibt es noch die Urlaubszeit, da wird dann auch mal im Block gedacht.

Forum *Was reizt dich an diesem Amt besonders?*

Barbara Steffens: Der Versuch sich dem Entwurf einer Gesellschaft in der man gerne Leben möchte durch Rahmenbedingungen zu nähern. Ich bin als Überzeugungstäterin in die Politik gegangen, weil ich gestalten wollte. Jetzt gibt es in NRW erstmals die Chance gemeinsam mit vielen Menschen daran zu arbeiten, dass die Lebensbedingungen im Gesundheits- und Pflegesystem menschlicher werden.

Forum *Wie sehen menschlichere Lebensbedingungen für dich denn konkret aus?*

Barbara Steffens: Wenn wir die heutige Situation einfach fortschreiben werden wir eine Lebenssituation haben, in der keiner von uns alt werden will. Ein älterer Mensch muss einen Grund haben aufzustehen, eine Aufgabe haben. Wenn ich in der Gesellschaft einen Platz habe ist es einfacher zu leben, als wenn ich nur beschäftigt werde. Wir hatten

in der stationären Altenpflege früher die Herangehensweise ältere Menschen nur in Einrichtungen mit vielen Bewohnerinnen und Bewohnern zentral zu versorgen. Deshalb wird mittlerweile auch in der stationären Altenpflege eine Öffnung ins Quartier in Form von gemeinschaftlichen Projekten angedacht und z.T. auch umgesetzt. Noch besser ist es natürlich, wenn stationäre Einrichtungen gar nicht mehr notwendig sind, weil es Anlaufstellen im Quartier gibt, wo ältere Menschen hingehen können, direkt in der Nachbarschaft Angebote für ihre Bedürfnisse haben und gleichzeitig ihre gewohnte Umgebung nicht verlassen müssen. Kurz: Wenn sie dort, wo sie ihre Wurzeln haben, leben und sterben können und alle Pflegestrukturen dort vorhanden sind. Es geht um den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit, aber mit einer Infrastruktur, wo ich das was ich mit anderen gemeinsam machen will, auch machen kann und auch wenn vieles nicht mehr geht, Angebote da sind, die Vereinsamung im Alter verhindern. Dann sind wir in einer Gesellschaft, die ich mir vorstelle und in der auch ich alt werden kann.

Forum *Welches zentrale Problem in der Alten- und Sozialpolitik muss von den Kommunen perspektivisch bewältigt werden?*

Barbara Steffens: Das größte Problem sind die sozialen Folgekosten der demographischen Entwicklung. Wenn die Kommunen ihre Alten- und Sozialpolitik so fortschreiben, wie sie heute ist, werden sie in den finanziellen Gau rennen, oder sie werden im Pflegenotstand enden.

Forum *Was ist in deiner Verantwortung als Ministerin bislang gut gelungen? Wo konnte Fahrt aufgenommen werden?*

Barbara Steffens: Im Gesundheitsbereich und im Pflegebereich ist eine breite gesellschaftliche Diskussion entstanden. Wir sind gerade dabei mit vielen Akteurinnen und Akteuren das Landespflege- sowie auch das Wohn- und Teilhabegesetz zu

überarbeiten. Mittlerweile wird auch der Begriff der „pantoffelläufigen Quartiersentwicklung“ nicht mehr nur von mir benutzt, sondern von vielen anderen Akteurinnen und Akteuren weiter getragen. Auch die Diskussion, dass wir eine Quartiersstruktur brauchen, wird in vielen Veranstaltungen aufgegriffen, viele Kommunen machen sich selbst Gedanken darüber, wie sie das in ihrer Stadt anbieten können. Das zeigt: Wenn man mit der Power eines Ministeriums Themen aufgreift, kann die Diskussion auch breit geführt werden.

Forum Welche Schritte sind erforderlich damit ein Quartier altengerecht entwickelt werden kann?

Barbara Steffens: Noch immer fallen vielen Kommunen ihre Entscheidungen so als würden in dieser nur junge und gesunde Menschen leben. Oft scheint ein großes Einkaufszentrum bedeutender zu sein, als behindertengerechte Gehwege oder lange Ampelphasen für Ältere. Wir brauchen eine Sichtweise, in dem wir die Kommune mit den Augen eines Menschen mit Rollator betrachten. Dazu ist es hilfreich, das Know-how von Sozialorganisationen und Behindertenverbänden zu erfragen und in die kommunalen Entscheidungen einzubinden. So können auch kleine Schritte gemacht werden, die das Leben erheblich erleichtern. Wir haben erlebt, dass allein durch zusätzliche Haltestellen oder das Aufstellen von Bänken mehr Lebensqualität gerade für ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen geschaffen werden kann.

Forum Ein zentrales Vorhaben des Ministeriums ist der Masterplan zu Quartierentwicklung. Wie sieht dieses Konzept aus?

Barbara Steffens: Wir geben nicht den einen richtigen Weg vor, da die Kommunen jeweils sehr unterschiedliche Strukturen haben. Es gibt Quartiere, in denen viele Menschen mit Migrationsgeschichte leben, solche mit finanzstarker Einzelhausstruktur, oder solche mit einer sehr starken Sozialbelastung. Deshalb muss auch jedes Quartier anders und entsprechend der Bedarfe der Menschen, die dort leben, entwickelt werden. Deswegen geben wir den Kommunen Analyseinstrumente an die Hand, mit denen der individuelle Bedarf und Entwicklungsnotwendigkeiten erkannt werden können. Dazu gehören harte Fakten, wie die Bevölkerungsstruktur, aber auch weiche Faktoren. Wir brauchen Quartiere in denen man sich selbstständig bewegen und so lange wie möglich eigene Entscheidungen treffen kann. Es muss ein Geschäft, ein Arzt oder eine Einkaufsmöglichkeit vorhanden sein und die Menschen müssen sich innerhalb des Quartiers über die Straßen und Ampeln hinweg bewegen können. Aber auch kleine Schritte und Maßnahmen werden berücksichtigt:

Also wie viele Bänke gibt es auf dem Weg zu einer Einkaufsstruktur, welche Schriftgrößen haben die Fahrpläne oder sind die Ampelphasen auch mit dem Tempo eines Rollators zu bewältigen. Dann werden wir Vorschläge machen, wie Kommunen mit ihrer Ausgangslage ein altengerechtes Quartier in einem partizipativen Beteiligungs-Prozess entwickeln können. Wir machen das Angebot, die Kommunen entscheiden, ob und wie sie es und in welchem Tempo sie es machen.

Forum Und wann kann man mit dem Masterplan rechnen?

Barbara Steffens: Wir sind derzeit in der Entwicklungsphase: Ob Vertreterinnen und Vertreter von Krankenhäusern, Ärztekammer, Architekten oder Landessportbund wir wollen alle mitnehmen, denn ein altengerechtes Quartier kann nur entstehen, wenn wirklich alle Akteurinnen und Akteure das auf die Beine stellen. Im nächsten Jahr können wir dann gemeinsam beraten, welche Kommunen einen solchen Masterplan mit uns erproben möchten.

Forum Gibt es Modellprojekte die besonders gelungen sind?

Barbara Steffens: Es gibt viele gute Beispiele in den Kommunen. Wichtig ist, über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen, um die Defizite in der eigenen Kommune herauszufinden, um dann die Erfahrungen aus den gelungenen Modellen in die eigene Kommune rein zu holen.

Forum Was möchtest du kommunalen Mandatsträgern empfehlen?

Barbara Steffens: Egal ob der Bereich Pflege oder Gesundheit – immer sollte das konkrete Ergebnis für die Menschen im Vordergrund stehen. Wir dürfen nicht Strukturen diskutieren, sondern müssen den Menschen betrachten und Rahmenbedingungen schaffen, die ein selbstbestimmtes und möglichst gesundes Leben im Alter ermöglichen. Es geht vor allem darum, dass wir die Menschen bei den politischen Entscheidungen nicht aus dem Blick verlieren.

Forum Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Dunja Briese



Kommunale Pflegekonzepte für Menschen mit Demenz

Ambulant betreute Wohngemeinschaften

*Prof. Christel Bienstein
Leiterin des Institut für Pflege-
wissenschaften der Universität
Witten Herdecke, Mitglied der
Enquete Kommission „Situation
und Zukunft der Pflege in NRW“*

Mehr als 95% der Bundesbürger möchten in ihren eigenen vier Wänden alt werden. Dieses gelingt jedoch längst nicht jedem. Obwohl zweidrittel der pflegebedürftigen Menschen zu Hause versorgt werden (1,6 Mill.) bedürfen ca. 700.000 Menschen einer Versorgung in einem Alten- und Pflegeheim. Der Anteil der Personen, die 2030 über 65 Jahre alt sind steigt auf 29%, der Anteil der Personen die über 85 Jahre sind auf 4%. Das sind mehr als 4 Mill. Bundesbürger, die in hohem Alter zumeist auf Unterstützung angewiesen sind. Viele Jahre existierten kaum Möglichkeiten des häuslichen Lebens und Wohnens bei auftretendem Pflegebedarf. Inzwischen werden einige Kommunen initiativ. So Arnsberg, wo Schüler sozialem Engagement gezielt nachgehen oder ländliche Gemeinden, die „Nachbarschaftsbegleiter“ systematisch fördern, um einen längeren Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen. Hier gewinnen das barrierefreie Wohnen und die Unterstützung des Wohnens durch technische Hilfen zunehmend an Bedeutung.

Auch das ambulante Versorgungsnetz differenziert sich weiter aus. Doch nicht alle pflegebedürftigen Menschen kommen mit dieser Unterstützung aus. Für Menschen mit Demenz sind ambulant betreute Wohngemeinschaften ein attraktives Versorgungsmodell, das sich zunehmend etabliert. In diesem Artikel wird dieses Modell und sein Stellenwert für die Kommunen vorgestellt.

Ambulant betreute Wohngruppen

Über die Möglichkeit des Umzugs in ein Alten- und Pflegeheim und/oder eine ganztägliche Betreuung in einer Tageseinrichtung hinaus, entwickelten sich in den siebziger Jahren in Deutschland erste ambulant betreute Wohngruppen. Vorläufer dieser Bewegung waren Aktivitäten in Frankreich. Hier haben Bürger die Aktion „Freunde alter Menschen“ vor mehr als fünfzig Jahren auf den Weg gebracht. Deren Ziel war es, pflegebedürftige Menschen in einer gemeinsamen Wohnmöglichkeit zusammen zu bringen, um diese umfassend zu betreuen und das Leben gemeinsam zu gestalten www.freunde-alter-menschen.de. Während diese Idee in Berlin intensiv aufgegriffen wurde und zahlreiche ambulant betreute Wohngruppen entstanden, wurde diese

Initiativen in den alten Bundesländern erst ab dem Jahr 2000 verfolgt.

Vorausgegangen war eine Großveranstaltung an der Universität Witten Herdecke, zu der 400 Wohnungsbaugesellschaften eingeladen wurden, um sich mit der Wohn- und Lebensproblematik von Mietern mit dementiellen Prozessen auseinander zu setzen. Der Einladung folgten mehr als 50 Wohnungsbaugesellschaften. Es wurde deutlich, dass alle mit der Problematik konfrontiert waren durch Klagen anderer Mieter, die sich beschwerten, dass z.B. der Flur nicht geputzt, der Herd angelassen, Badewasser übergelaufen oder fremde Wäsche aus der gemeinsamen Waschküche entfernt worden war. Im Prozess der Auseinandersetzung mit neuen Wohnformen entschieden sich Studierende der UW/H erste ambulant betreute Wohngruppen auf den Weg zu bringen – in Herne, Gelsenkirchen, Essen und Wuppertal. Inzwischen konnten umfangreiche Erfahrungen mit ambulant betreuten Wohngemeinschaften gewonnen werden.

Handeln bei Demenz

Mehr als 1.3 Mill. Menschen in Deutschland durchleben einen dementiellen Prozess, ca. 2/3 davon eine Demenz des Alzheimer Typs. Es muss davon ausgegangen werden, dass wesentlich mehr Menschen an einer der verschiedenen Formen von Demenz leiden. Eine Demenz beginnt zumeist Jahre bevor deutliche Symptome auftreten. Die Betroffenen bemerken, dass sich bei ihnen etwas verändert. Sie versuchen Brücken des Erinnerens zu bauen. Legen Notizen an, gestalten Gespräche allgemeiner, der Sprachschatz reduziert sich.

Vielfach wird eine Demenz erst erkannt, wenn deutliche Zeichen einer zunehmend unselbständigen Lebensführung eingetreten sind. Die Betroffenen können dann nicht mehr für die eigene Ernährung sorgen, die Kleidung nicht mehr den Umweltbedingungen anpassen oder sie gefährden sich selbst, weil sie den Herd anlassen oder die Straße ohne Kontrolle des Verkehrs überqueren. Eine Demenz kann auch erkannt werden, wenn getätigte Einkäufe vergessen werden, Betroffene das abgestellte Auto nicht mehr wieder finden oder mit Geräten, wie Kaffeeautomat, Waschmaschine

oder Geldautomat nicht mehr zurecht kommen. Während viele Unterstützungsangebote das Wohnen in der eigenen Wohnung verlängern können, tritt bei fortschreitender Demenz ein Grad an Unselbständigkeit ein, der eine ständige Begleitung erfordert. Zumeist müssen die Angehörigen dann die Entscheidung treffen, welche Form der Versorgung gewählt werden soll. Eine zwei bis dreimal tägliche Versorgung durch einen ambulanten Pflegedienst ist zu diesem Zeitpunkt keine ausreichende Alternative mehr, auch das mehrmalige Aufsuchen des Betroffenen durch engagierte Nachbarn reicht nicht mehr aus. In dieser Situation kommt das Modell einer ambulanten Wohngemeinschaft in Frage. Aiese Alternative zur einer stationären Versorgung in einem Alten- oder Pflegeheim ist durch zwei unabhängige Variablen gekennzeichnet.

Gemeinschaftlicher Wohnraum

Der Wohn- und Lebensraum ist eine Mietwohnung oder ein angemietetes Haus. Dieser Wohnraum bietet Platz für 7 bis 12 Personen, die alle über ein eigenes Zimmer, über gemeinsame Wohn- und Küchenbereiche sowie gemeinsame Bäder verfügen. Alle Räume, besonders die Bäder, sollten barrierefrei sein, damit sie mit einem Rollator oder Rollstuhl genutzt werden können. Die Mieter bringen ihre Möbel mit und gestalten die eigenen Zimmer sowie die gemeinschaftlich genutzten Räume. Mit dem Vermieter werden individuelle Mietverträge abgeschlossen. Es ist auch denkbar, dass eine Immobilie gemeinsam erworben wird oder ein Betroffener seine Immobilie mit anderen teilt. Damit handelt es sich um Mietraum oder privaten Besitz, der nicht unter die Definition eines „Heimes“ fällt. Das bedeutet, dass die Qualitätskontrolle primär in den Händen der Angehörigen und/oder gesetzlichen Betreuer liegt, die sich davon überzeugen müssen, dass die Versorgung des Angehörigen seinem Bedarf entspricht. Das heißt häufig auch, dass die Instandhaltung der Räume in die Verantwortung des Mieters fällt und unterstützt werden muss, um zu streichen, eine Küche neu einzubauen oder die Waschmaschine zu ersetzen.

Ambulanter Pflegedienst

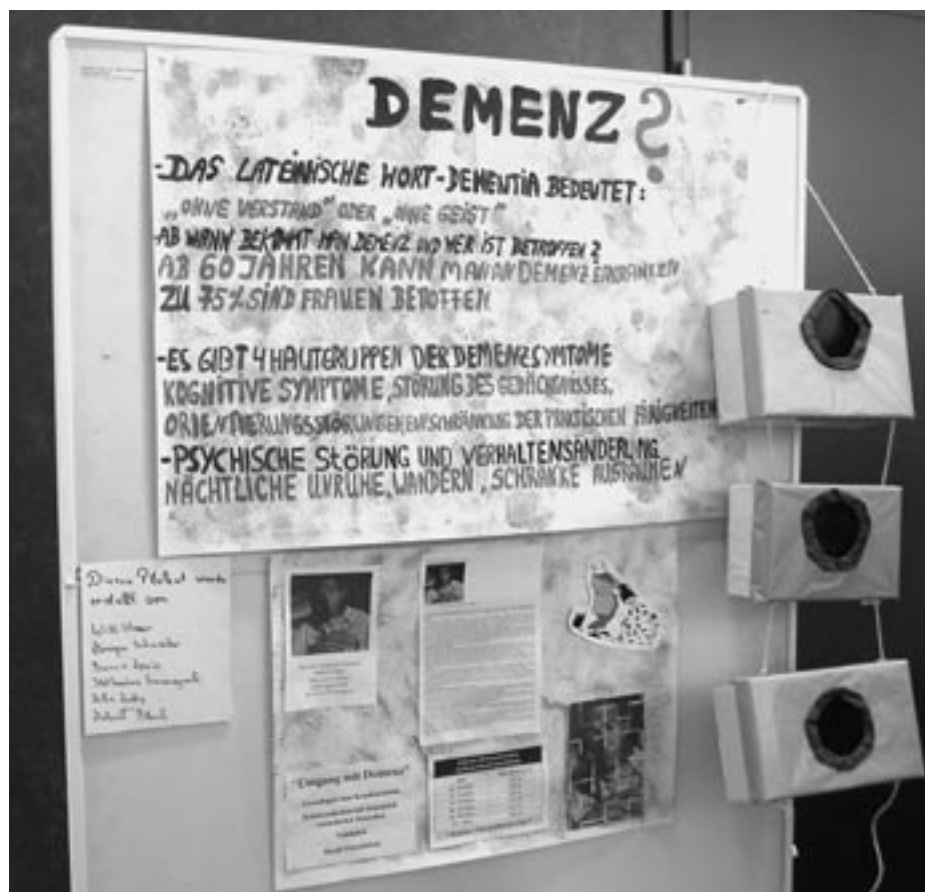
Die gemeinsam lebenden Personen müssen von einem Pflegedienst betreut werden. Die pflegerische Versorgung erfolgt rund um die Uhr, also 24 Stunden an sieben Tagen der Woche durch einen ambulanten Pflegedienst. Die Angehörigen oder/und Betreuer müssen sich auf einen Pflegedienst verständigt haben, der per Vertrag beauftragt wird, die Pflege zu übernehmen. Auch die Pflege in der eigenen Häuslichkeit wird über die Pflegeversiche-

rung abgerechnet. Nicht gedeckte Kosten müssen von dem Betroffenen getragen werden oder werden nach Rücksprache von der Kommune erstattet.

Es hat sich herausgestellt, dass über den Tag verteilt mindestens zwei Personen und in der Nacht eine Person für die pflegerische Versorgung verantwortlich sein sollten. Daher sollte eine Pflegekraft eine qualifizierte pflegerische Ausbildung haben. Menschen mit Demenz leiden oft an mehreren chronischen Krankheiten (Diabetes, Herzinsuffizienz, Bluthochdruck). Schmerzen, Mangelernährung oder Druckgeschwüre müssen ebenso erkannt werden wie das Risiko zu stürzen.

Wichtig ist, dass die in einer Wohngemeinschaft lebenden Menschen nur unvermeidbare Krankenhauseinweisungen erleben und so rasch wie möglich wieder in die ihnen vertraute Umgebung zurückkehren. Ein Pflegedienst muss daher auch behandelnde Ärzte hinzuziehen können und über Kenntnisse der palliativen Pflege verfügen.

Kann der gewählte Pflegedienst diesen Anforderungen nicht entsprechen, ist eine Vertragskündigung möglich. Anders als in einer stationären Einrichtung ist damit ein hohes Maß an Autonomie und Selbstbestimmung möglich. Es erfordert jedoch von den Angehörigen oder Betreuern eine hohe Aufmerksamkeit, welche Leistungen erbracht werden und ob die Versorgungsqualität sichergestellt ist. Inzwischen wurde durch das BMG ein Qualitätsprofil für Wohngemeinschaften für Men-



schen mit Demenz erarbeitet, das Angehörigen und Betreuern einen Überblick über die erforderlichen Leistungen ermöglicht www.wg-qualitaet.de.

Zumeist reicht es nicht aus, dass ein Pflegedienst die Versorgung der in der Wohngemeinschaft lebenden Menschen übernimmt. Daher ist es erforderlich eine oder zwei weitere Personen anzustellen, die mit der Sauberhaltung der Wohnung, dem Waschen und Bügeln oder mit dem Kochen betraut sind. Alle Berichte über Wohngemeinschaften zeigen, dass sich ein Mix zwischen professionell Pflegenden und hauswirtschaftlich tätigen Personen bewährt.

Kosten

Die Kosten der Versorgung setzen sich aus den regulären Mieten pro qm zusammen, die durch die Bewohner geteilt werden. Die pflegerischen Leistungen werden auf der Grundlage der Erstattung für eine ambulante Versorgung entsprechend der jeweiligen Pflegestufe durch die Pflegeversicherung übernommen. Für den Lebensunterhalt wird zumeist ein für alle gleich hoher Betrag erhoben, der den normalen Kosten der Versorgung entspricht. Auch die hauswirtschaftlichen Leistungen werden durch alle BewohnerInnen geteilt. Reicht die Rente für die Versorgung nicht aus, muss mit den zuständigen Sozialämtern eine Absprache getroffen werden, dass die Lücke aus Mitteln des Sozialamtes übernommen wird. Insgesamt sind die finanziellen Aufwendungen in einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft mit den Kosten einer stationären Einrichtung vergleichbar.

Verankerung im Quartier

Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz sollten in einem Quartier liegen, welches ebenso von jungen Familien, allein lebenden Menschen wie von Menschen höheren Alters bewohnt wird, die sich weitgehend selbstständig versorgen können. Es ist sinnvoll, die Nachbarn über die Einrichtung einer Wohngemeinschaft zu informieren. Durch gezielte Gespräche kann Ängsten begegnet, durch gemeinsame Feste ein Einblick in die Wohngemeinschaft gegeben werden. Geschäfte in der näheren Umgebung, wie Bäckereien, Friseure, Kioske sollten ebenso informiert sein, wie das örtlich zugeordnete Polizeirevier.

Für die Wohnungsbaugesellschaften ergeben sich deutliche Vorteile. Sie können ihren Mietern vermitteln, dass die BewohnerInnen bei Veränderung ihrer gesundheitlichen Situation nicht in andere Stadtteile oder in eine stationäre Einrichtung umziehen müssen. Sie bieten Wohnraum für Menschen, die häufig über viele Jahre in einem stabilen Mietverhältnis verbleiben und wo nach

dem Versterben eines Mieters ein Nachmieter eine Anfrage stellen kann.

Fazit

Für eine Kommune ist es eine Bereicherung, wenn sie ihren BürgerInnen unterschiedliche Möglichkeiten der Versorgung bieten kann. Besonders die aktive Beteiligung der Angehörigen und Betreuer rückt bei der Wahl einer Wohnmöglichkeit in einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft deutlich in den Vordergrund. Es ist das Zuhause der Angehörigen, was sich auch daran niederschlägt, dass die betreuende Person einen Schlüssel zur Wohngemeinschaft erhält. Besuche sind jederzeit möglich. Sie können im Rahmen der eigenen Häuslichkeit frei gestaltet wurde.

Informationen:

Alzheimer Gesellschaft:
www.alzheimer-gesellschaft.de

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.(2007)
Ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz
Hamburg. ZU beziehen für 85 Cent
publikationen@basfi.hamburg.de

Dialog-Transfer Zentrum Demenz
www.uni-wh.de/dzd.de

Der Länderatlas bietet eine Übersicht über bestehende Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz
www.wg-qualitaet-laenderatlas.de

Qualitätsprofil für Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz
www.wg-qualitaet.de

www.freunde-alter-menschen.de.

Statistisches Bundesamt
Ältere Menschen in Deutschland und der EU.
Wiesbaden, 2011

Zeitschrift: pflegen
Demenz: Wohnen
Seelze, 2.Quartal 2011

Kleine Räume – große Wirkung

Die Vision des generationengerechten Quartiers



*Harald Wölter (oben)
Sprecher der LAG Altenpolitik*

*Arif Ünal MdL
Sprecher für Integration,
Gesundheit, interreligiöser
Dialog im Landtag NRW*

Kaum ein Mensch kann sich heute noch vorstellen, in einem traditionellen Altenpflegeheim zu leben. Gewünscht wird hingegen eine Infrastruktur, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

In den letzten Jahren sind deshalb viele Wohn- und Pflegeangebote entstanden, die den Bedürfnissen nach Individualität, Vertrautheit und Versorgungssicherheit in einem eigenen Zuhause Rechnung tragen.

Dennoch ist vielerorts der Drang zum Ausbau stationärer Großeinrichtungen ungebrochen. Diese Investitionen erscheinen immer noch als lukratives Geschäft, was nicht ohne Folgen für die zukünftige Infrastruktur in den Kommunen ist. Jede Einrichtung ist auf mindestens 50 Jahre ausgelegt und stellt eine Hinterlassenschaft für künftige Generationen dar.

Demgegenüber stehen der Wunsch und das Recht auf Selbstbestimmung auch im Alter und bei Unterstützungsbedarf. Nicht zuletzt die UN-Behindertenrechtskonvention – die auch die Selbstbestimmung über die Wohnform und den Wohnort einfordert – stellt die traditionelle Form des Pflegeheims in Frage. Wir stehen damit vor der Aufgabe zukunftsorientierte Angebote für ein Zusammenleben der Generationen und Menschen mit unterschiedlicher kultureller Herkunft in den Kommunen und Quartieren zu fördern.

Kleinräumig zum Erfolg

Eine grundlegende Alternative zu den traditionellen Versorgungsstrukturen sind die Quartierskonzepte. Hier sind eine Vielzahl von individuellen, auf die persönliche Bedarfslage ausgerichteten Sozial-, Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen, eine soziale zum Alltagsleben notwendige Infrastruktur sowie eine Kooperation von professionellen Hilfen, Nachbarschaftsarbeit und sozialen Netzen im Quartier aufeinander abgestimmt.

Darüber hinaus ist eine altersgerechte Gestaltung der Wohnquartiere notwendig, die eine ressortübergreifende Sozial- und Stadtplanung erfordert.

Bei den Quartierskonzepten stehen die kleinräumige Organisation von Wohnen und Betreuung im überschaubaren und vertrauten Wohnquartier

sowie die Vernetzung unterschiedlicher Wohn- und Betreuungsformen im Vordergrund.

Die Angebote für Wohnen, Betreuung und Pflege, soziale Kontakte und die Organisation gegenseitiger Hilfe sind auf ein Wohnquartier oder einen Stadtteil ausgerichtet. Der kleinräumige Ansatz ist ein entscheidendes Merkmal. Haushaltsnahe und pflegeunterstützende Dienstleistungen müssen für ältere Menschen – insbesondere wenn Hilfebedürftigkeit eintritt – leicht erreichbar sein.

Für eine kleinräumige Ausrichtung spricht auch, dass eine Mobilisierung von Nachbarschaftshilfen erleichtert wird.

Die Größe des Einzugsgebietes eines Quartiers kann ganz unterschiedlich sein und ist von verschiedenen Kriterien abhängig: Größe des Sozialraums, gewachsene Stadtviertel bzw. Dorfstrukturen, fußläufige Entfernungen oder intensiven „hemma“-Strukturen im Quartier (soziale Netzwerke mit intensivem aufsuchenden Engagement z.B. in ländlichen Gebieten). Die Größenordnung kann 2.000 aber auch bis zu 15.000 Einwohner betragen.

Bausteine für Quartierskonzepte

Quartierskonzepte beinhalten verschiedene Bausteine. Hierzu gehören das Wohnen und die Gestaltung des Quartiers, die Versorgungssicherheit durch geeignete Angebote an Pflege und Unterstützung, die soziale und Gesundheitsinfrastruktur sowie eine ressortübergreifende Planung und Beteiligung der BewohnerInnen. Zudem bedarf es auch einer Koordination im Quartier. Quartiersstützpunkte bieten Beratung und Vermittlung von Dienstleistungen, bieten Versorgungssicherheit und sind Treffpunkt.

Zusammenfassung und Ausblick

Für eine zukunftsgerechte Gestaltung der Wohn- und Pflegeinfrastruktur ist ein grundlegender Wandel erforderlich. Wohnquartiere müssen auf die Bedürfnisse der einzelnen Generationen ausgerichtet, Angebote und die Infrastruktur kultursensibel gestaltet und wandelbar sein. Wichtig ist schließlich, dass der Ausbau der traditionellen

Großeinrichtungen verhindert wird und bestehende Einrichtungen schrittweise zu überschaubaren Hausgemeinschaften in den Wohnquartieren umgestaltet werden.

Die Kommunen haben bei diesem gesamten

Prozess eine zentrale Aufgabe. Die Planungen hierzu müssen ressortübergreifend und inklusiv ausgerichtet sein und die Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten müssen verbessert werden.

Literatur:

*Ursula Kremer-Preiß:
Neuausrichtung der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Sicherung der Selbstbestimmung pflegebedürftiger Menschen, KDA 2010.*

Harald Wölter/Ralf Zimmer-Hegmann: Integrierte und quartiersbezogene Ansätze für das Wohnen im Alter. In: V.Kreutzer u.a. (Hg.), 2008, S.135–146.

Harald Wölter: Wohnen im Alter im Quartier. Integrierte und quartiersbezogene Ansätze. In: G.Schmitt/K.Selle (Hg.): Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt, 2008, S.461–479.

Leben und Wohnen im Alter. Werkstatt-Wettbewerb Quartier, Bertelsmannstiftung, KDA 2005.

Quartierstützpunkte. Kurzinfo zu den ersten Quartierstützpunkten in Münster. Ambulante Dienste e.V. 2011 [unveröffentlichtes Manuskript].

Bielefelder Modell: Wohnen mit Versorgungssicherheit. www.isa.plattform.eu, Holger Stolarz, KDA 2010.

Anforderungsprofil an ein generationengerechtes Quartier

Wohnen

- Selbstbestimmtes Wohnen sichern
- Wohnraum für alle Lebenslagen
- Selbstständiges Wohnen mit Versorgungssicherheit
- Gemeinschaftliche Wohnformen (Wohn- u. Hausgemeinschaften)
- Umbau bestehender Groß- u. Sondereinrichtungen zu gemeinschaftlichen Wohnformen

Quartiersgestaltung

- barrierefreie Quartiersgestaltung
- Inklusive Ausrichtung und Gestaltung
- Begegnungs-, Aufenthalts- und Freiräume für alle Generationen
- Quartiersmöblierung (Bänke, Beleuchtung etc.)
- Mobilitätsgestaltung: Fahrrad, Fuß, Rolli
- Mehrgenerationenkonzepte
- Anforderung für ländliche Strukturen

Planung/Beteiligung

- Demographischer Wandel als kommunale Aufgabe
- ressortübergreifende Planung: Sozial-, Wohnungs-, Stadtplanung
- integrierte Planung und Vernetzung im Stadtteil
- generationsübergreifende Planungen
- neue Beteiligungsformen, Teilhabe stärken
- Einbeziehung verschiedener AkteurInnen im Stadtteil
- Kooperationen

Pflege/Unterstützung

- Versorgungssicherheit
- Unterstützende Hilfen und Dienstleistungen
- Quartierbezogene Pflegeleistungen zu Hause
- Pflege- und Betreuungseinrichtungen
- Ambulante Dienste
- Tagespflege
- Quartiersstützpunkte (Beratung, Pflege, Unterstützung)
- niedrigschwellige Unterstützungsgruppen, Angebote Demenz
- Versorgungsnetzwerke für ländliche Gebiete

Soziales

- Wohn- u. Pflegeberatung
- Stadtteilbüros
- soziale Integration und Kommunikation im Quartier
- Nachbarschaftszentren
- Quartierstützpunkte (Treffpunkte)
- Soziale Netze, Nachbarschaftsinitiativen, Vereine im Quartier
- niedrigschwellige Unterstützung (z.B. bei Demenz)
- Soziale Einrichtungen
- aufsuchende sozialraumorientierte Dienste
- ländliche Besuchsdienste

Infrastruktur/ Gesundheit

- Sicherung von Nahversorgungs-, Gesundheits- und Freizeitangeboten:
- Gesundheitsdienstleistungen
- medizinische Angebote, Apotheken
- MVZ, KH, Gesundheitshäuser
- kleinräumige Infrastruktur - Läden - Dienstleistungen
- kurze Wege
- Anbindung an den ÖPNV
- Kommunikationsmöglichkeiten
- Infrastruktur für alle Generationen

SELBSTBESTIMMTES ALTERN SICHERN

Das Verständnis vom Alter hat sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Dank des medizinischen Fortschritts, einer besseren Ernährung und weniger körperlicher Arbeit werden wir alle älter und bleiben öfter im Alter auch aktiver und gesünder. Alt sein definiert sich deshalb heute weniger über das biologische, sondern zunehmend über das soziale Alter, also über die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Der Wunsch nach einer unabhängigen und selbstbestimmten Lebensführung im Alter nimmt eine zentrale Rolle ein. „Wohnen, Leben, Assistenz und Pflege sichern“ im normalen Wohnumfeld stellt mittlerweile eine zentrale Leitlinie für viele dar. Hierzu gehört etwa der Wunsch, das eigene Zuhause zu gestalten oder mit anderen Generationen zusammen zu leben.

Die unterschiedlichen Erfahrungen, Lebensstile und eine kulturelle Vielfalt erfordern differenzierte Wohn- und Pflegearrangements. Dabei wird Alter nicht mehr vorrangig mit dem Abbau von körperlichen und geistigen Fähigkeiten und somit mit Defiziten, sondern zunehmend mit potenziellen Stärken und zu nutzenden Erfahrungen verbunden. Auch wenn es den Menschen statistisch heute in Alter finanziell besser geht als früher, so ist doch die Einkommenssituation ungleich verteilt. Viele Alte sind von Armut bedroht und können nicht selbstbestimmt leben; viele sind isoliert, auch weil das Geld nicht vorhanden ist, um kulturelle Angebote zu nutzen.

Altern bedeutet für viele Menschen auch eine eingeschränkte Privatsphäre, weil sie in Alten- und Pflegeheimen untergebracht werden. Das ist das andere Bild des Alterns, das nicht sehr positiv beschrieben werden kann. Genau an dieser Stelle müssen wir ansetzen und Politik machen.

Viele Aspekte des Alterns gelten auch für die älteren Menschen mit Migrationsgeschichte. Es gibt aber einige Besonderheiten, die das Altersdasein in der Migration negativ beeinflussen, wie z.B. niedrigeres Einkommen, ein schlechterer somatischer und psychischer Gesundheitszustand oder Sprachprobleme. Die Wohnqualität ist für alte Menschen entscheidend für das Fortführen eines selbstbestimmten Lebens sowie das subjektive Wohlbefinden. Menschen mit Migrationshintergrund wohnen deutlich häufiger als vergleichbare deutsche Haushalte in schlecht oder einfach ausgestatteten

Wohnungen. Analysen der Gesundheitszustände älterer Migranten und Migrantinnen zeigen tiefe Auswirkungen der Arbeits- und Migrationsbelastungen. Diese sind häufiger als andere Bevölkerungsgruppen von chronischen Krankheiten betroffen und in ihren materiellen Ressourcen oft eingeschränkter.

Altenpolitik soll die Vielfalt des Alters wahrnehmen und daraus politische und gesellschaftliche Lösungen entwickeln. Es geht darum,

- die Partizipationsmöglichkeiten von älteren Menschen zu erweitern und die Selbstbestimmungsrechte zu sichern,
- die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu eröffnen und zu erweitern,
- die Potenziale von alten Menschen zu fördern,
- eine Versorgungssicherheit im Wohnquartier für alle Menschen mit Unterstützungsbedarf und ein breites Angebot Wohn- und Pflegeformen zu schaffen;
- älteren Menschen mit Migrationsgeschichte zu erreichen und die Wohn- und Lebenssituation zu verbessern,
- Vorurteile gegenüber Älteren abzubauen und die Beschäftigungsquote von älteren Menschen zu erhöhen,
- eine konkrete und aktive Antidiskriminierungspolitik voranzubringen und
- der Altersarmut entgegenzuwirken.

TERMINE:

Matthi Bolte MdL, Andrea Asch MdL und Dagmar Hanses MdL laden ein zur Veranstaltung:

mein-dein-unser Internet

7. Oktober 2011 - 15 Uhr - Landtag NRW

KONTAKT:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Tel: 0211/884-2281

Hier den Newsletter Plenum Aktuell abonnieren:

gruene@landtag.nrw.de

www.gruene.landtag.nrw.de



Generationengerecht und Selbstbestimmt

Wohnprojekte im Quartier

Sabine Matzke
WohnBund-Beratung NRW

Seit den 1980er Jahren sind viele alte und junge Menschen bestrebt, „ihr“ gemeinschaftliches Wohnprojekt aufzubauen – mit Engagement und Ausdauer, Durststrecken und oft ergebnislosen Grundstücks- und Investorenverhandlungen. Ein Wohnprojekt konnte oft nur dann umgesetzt werden, wenn sich die Akteure einen Projektentwickler leisteten, als Baugemeinschaft auftraten und viel Geschick für Verhandlungen und Moderationen besaßen.

Gemeinschaftlich orientiertes Mehrgenerationenwohnen hatte daher zunächst den Status der exotischen Wohnform oder Ringeltaube. Doch allmählich bringen immer mehr Wohnungsunternehmen sowie Kommunen Mehrgenerationen-Wohnprojekten eine deutlich größere Wertschätzung entgegen.

Die vielfältigen Qualitäten dieser Wohnform für die Menschen und das Alltagsleben im Quartier werden neu bewertet und erkannt – und die Nachfrage nach diesen Angeboten steigt stetig!

Neues Wohnen

In Wohnprojekten leben viele Menschen, die soziales Miteinander schätzen: den Plausch mit der Nachbarin, das Kinderlachen, die gegenseitige Hilfe.

Ältere Menschen kennen diese Zusammenhänge noch „von früher“. Familien und Alleinerziehende suchen „Wahlverwandtschaften“ in nachbarschaftlichen Strukturen, die den Alltag erleichtern. Menschen mit Handicap, Hilfe- oder Pflegebedarf möchten ein „normales“ Leben in verbindlicher Nachbarschaft führen.

Lange Zeit wurden gemeinschaftliche und nachbarschaftliche Wohnformen, insbesondere für ältere „Normalbürger“, als tabu betrachtet. Doch mittlerweile werden die Qualitäten dieser „neuen“ Strukturen auch in Fachkreisen anerkannt:

- ❑ „Nicht allein und nicht ins Heim“. Zahlreiche Studien besagen, dass das Leben in einer Gemeinschaft/Nachbarschaft präventive Funktionen übernimmt, denn „Einsamkeit macht krank“.
- ❑ Das Gefühl gebraucht zu werden, aktive Lebensgestaltung und bürgerschaftlich ver-

antwortetes Handeln sind für die Lebenszufriedenheit nicht nur von Älteren von großer Bedeutung.

- ❑ In der Altenhilfe beginnt ein Paradigmenwechsel: Weg vom Defizitmodell „Betreuung“ hin zur „Aktivierung“ – weg von der „Versorgungsgesellschaft“ zur „Mitwirkungsgesellschaft“
- ❑ Beteiligungsverfahren schaffen vielfältige und bedarfsgerechte Wohnformen und eine Identifikation mit der Wohnumgebung

Aktiv im Gemeinwesen

Gemeinschaftliche Wohnprojekte sind auf ehrenamtliches Engagement angewiesen. Ob „top down“ oder „bottom up“ Projekte: jeder bringt seine Fähigkeiten, Neigungen und Möglichkeiten ein. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Bewohner, die ihr Wohnprojekt mitgestaltet haben, häufig auch auf das Quartier Einfluss nehmen.

Menschen, die sich in Vereinen oder im Gemeindeleben engagieren, sind oft auch InitiatorInnen oder BewohnerInnen von Wohnprojekten. Sie bringen ihre Lebensvorstellungen in soziale, ökologische, kulturelle und ästhetische Belange in Quartier und Stadtteil ein.

Ob fehlende Zebrastreifen oder zu kurze Ampelphasen, notwendiger Lebensmittelladen oder Fahrdienst. BewohnerInnen geben Nachhilfeunterricht und wirken in Kindergarten- und Schulgremien, organisieren Straßenfeste mit den Nachbarn oder realisieren sogar ein weiteres Wohnprojekt¹ für Menschen mit und ohne Handicap.

Ein zentrales soziales Netzwerk im Quartier ist die Gemeindegemeinschaft der Kirchen. Da viele Kirchenstandorte aufgegeben werden müssen, sind neue, gemeinschaftliche Nutzungsideen für diese Immobilien gefragt.

In Dortmund wurde auf Anregung des Dortmunder Wohnungsamtes die Umnutzung eines Kirchengebäudes für ein Mehrgenerationen-Wohnprojekt realisiert.

Das Gemeindeleben wird damit in einer neuen Form fortgeführt und die ehemaligen Gemeinderäume können durch die Nachbarschaft weiter genutzt werden.²

1 z.B. Villa Emma wurde vom Wohnprojekt „Amaryllis eG“ angeschoben
www.villa-emma-bonn.de

2 www.wbb-nrw.de/woprotag_11.html



Fortführung des Gemeindelebens – Aktivitäten verbinden – ein Sommerfest der Familien, Alleinerziehenden, älteren Singles und Ehepaare (11 Nationalitäten) – Umbau und Erweiterung eines Gemeindehauses in Dortmund zu einem Mehrgenerationenwohnprojekt

Kommunale Unterstützung gefragt

Einige Kommunen in NRW haben mittlerweile Kontaktstellen für Beratungs- und Vermittlerleistungen für neue Wohnformen eingerichtet. Sie leisten Netzwerkarbeit zwischen Wohngruppeninitiativen, Investoren und kommunalen Ämtern und unterstützen die Vernetzung der Gruppen vor Ort – beispielsweise durch einen Austausch am „Runden Tisch“.

Viele Kommunen insbesondere ländliche Gemeinden nähern sich dem Thema schrittweise. Den Auftakt macht häufig eine interne Diskussion über Bedarf und Umsetzungsmöglichkeiten mit Amtsleitern und Ausschussmitgliedern, ein Gastvortrag mit Diskussion im Sozial- und Planungsausschuss und eine Exkursion zu bestehenden Wohnprojekten.

Einige Kommunen organisieren Veranstaltungen mit erfahrenen Projektentwicklern, die Wohnkonzepte und deren Umsetzungsschritte vorstellen. Im ersten Schritt kann eine Informationsveranstaltung erfolgen, dann ein Seminar oder mehrteiliger Workshop für Interessierte, in denen eine Wohngruppeninitiative für eine Baugemeinschaft, Genossenschaft oder ein Investorenprojekt aufgebaut werden kann. Immer wieder zeigt sich dabei, dass viele Bürgerinnen und Bürgern großes Interesse haben die eigene Wohnsituation gemeinschaftlich zu verändern.

Viele Initiativen benötigen Unterstützung zur Umsetzung ihres Vorhabens: Ob Projektprofil, Mitgliedersuche, Trägerstruktur, Finanzierung, Grundstück-/Objektsuche oder Bauplanung. Hier können Mitarbeiter der Kommune oder externe Projektentwickler, die von der Kommune (co-)finanziert werden, wertvolle Unterstützung leisten.

Kommunale Mitarbeit ist insbesondere bei der Objekt- und Investorensuche hilfreich, zur Recherche und zur Vermittlung bei Eigentümern und Wohnungsbaugesellschaften. Außerdem sind sie ein wichtiger Partner bei der Realisierung von öffentlich geförderten Wohnungen. Hier sind Vereinbarungen zwischen den zuständigen kommunalen Stellen erforderlich (Vertretern des Planungsamtes, des Wohnungsamts für die Belegung, für die Wohnungsbauförderung als Bewilligungsbehörde). Anhand einer Wirtschaftlichkeitsberechnung, mit einer Kostenschätzung, kann auf die Grundstückseigentümer und Investoren zugegangen werden. Hier können auch Kommunen bei kommunalen Grundstücken beim Grundstückspreis (Erbpachtzins oder Kaufpreis), bei Grundstücksoptionen oder bei der Bereitstellung eines Baugebietes eine partnerschaftliche Rolle übernehmen.

Das A und O zur Entwicklung von Wohnprojekten ist aber die Bereitschaft, die Idee und Ansätze des Mehrgenerationenwohnens und des nachbarschaftlichen Zusammenlebens in der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Und dann kann es weitergehen...

Seit über 20 Jahren ist die WohnBund-Beratung NRW GmbH im Bereich innovativer Wohnformen und Quartiersentwicklung tätig – wir initiieren, beraten und begleiten Baugemeinschaften, Wohngenossenschaften und Investorenwohnprojekte im Auftrag von Kommunen, Investoren, Wohngruppen. Wir organisieren Seminare, Diskussionsrunden, Vorträge, Wohnprojekttage und Exkursionen.

■ www.wbb-nrw.de



Innovationen in der kommunalen Altenarbeit

Das Amt für Altenarbeit der StädteRegion Aachen



Günter Schabram (oben)
Dezernent für Soziales und
Gesundheit der StädteRegion
Aachen

Manfred Borutta
Pflegerwissenschaftler (MScN),
Fachlicher Leiter
der Fort- u. Weiterbildung im
Amt für Altenarbeit
der StädteRegion Aachen

Die Gewährleistung einer fachgerechten und optimalen Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Neben den bundes- und landesrechtlichen Rahmenvoraussetzungen – dem Leistungsrecht und dem Ausbildungsrecht – sind auch die Kommunen im Rahmen der Daseinsvorsorge gefordert.

Kommunale Altenpflegeschule startet

Im früheren Kreis Aachen wurde bereits 1986 auf Initiative der Grünen Fraktion die Gründung einer kommunalen Altenpflegeschule beschlossen, die als „Fachseminar für Altenpflege“ startete. Bis 1986 gab es in der gesamten Region lediglich eine einzige Altenpflegeschule in Trägerschaft eines katholischen Ordens, dessen Bewerberzahlen die Aufnahmekapazitäten um das 20-fache überstiegen. Das kommunale Fachseminar für Altenpflege ging zunächst einzügig an den Start, jedes Jahr wurde ein neuer Ausbildungskurs angeboten. In den folgenden Jahren wurde die Zweizügigkeit beschlossen und 2010 reagierte der Städteregionstag auf den Pflegenotstand und beschloss den Ausbau zur Dreizügigkeit. Aktuell nimmt das Fachseminar für Altenpflege der StädteRegion Aachen an einem Modellstudiengang der Katholischen Hochschule NRW teil. Hierdurch können Auszubildende parallel zu ihrer Ausbildung ab dem 2. Ausbildungsjahr einen Bachelorstudiengang Pflegewissenschaft absolvieren.

Fort- und Weiterbildung

Im ersten schwarz-grünen Koalitionsvertrag 1994 wurde der Aufbau einer Weiterbildungseinrichtung für Pflegekräfte in kommunaler Trägerschaft vereinbart. 1996 ging die Fort- und Weiterbildung für Pflegekräfte dann an den Start. Aus einem Angebot von seinerzeit zunächst ca. 250 Unterrichtsstunden pro Jahr sind zwischenzeitlich knapp 4.000 Unterrichtsstunden geworden. Die Nachfrage ist stark steigend, sowohl von professionell Pflegenden als auch bei den Angehörigenschulungen. Die Weiterbildungseinrichtung trägt sich zu einem hohen Prozentsatz aus Teilnahmegebühren, sämtliche Personalkosten werden selbst erwirtschaftet.

Gründung des Amtes für Altenarbeit

Beide Bildungseinrichtungen wurden organisatorisch innerhalb der damaligen Kreisbehörde eingegliedert. Um auch nach außen hin sichtbar zu machen, dass Altenarbeit als wichtige kommunale Aufgabe begriffen wird, wurde 1998 das „Amt für Altenarbeit“ als Organisationseinheit ins Leben gerufen. Derzeit sind dort auf 17 Vollzeitstellen 20 MitarbeiterInnen beschäftigt. Der überwiegende Teil der festangestellten MitarbeiterInnen kommt aus den Bereichen Pflegepädagogik, Pflege-Management und Pflegewissenschaft.

Ombudsmann-Verfahren

Im Jahr 1995 wurde das Ombudsmann-Verfahren für Altenheime und ambulante Dienste eingerichtet. 64 von 65 Altenpflegeheimen und einige ambulante Einrichtungen haben sich hier freiwillig angeschlossen, um mögliche Konflikte zwischen Alteinrichtungen, Bewohnern und ihren Angehörigen zu schlichten. Die Arbeit der mittlerweile zwei ehrenamtlichen Ombudsleute wird sehr geschätzt. Das Ombudsmann-Gütesiegel wird bei Gewährleistung der Vorgaben für einen Zeitraum von jeweils zwei Jahren an die Einrichtungen vergeben.

Innovative Projekte in der Pflege

Bereits 2004 führte das Amt für Altenarbeit in Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Partnern und unter Mitwirkung zahlreicher Pflegeeinrichtungen innovative Projekte in der Pflege durch.

So stellten die Fachgremien (Seniorenbeirat, Pflegekonferenz, Sozialausschuss) 2005 nach Vorlage des Berichts der Heimaufsicht fest, dass sich im Bereich der Anwendung freiheitsentziehender Maßnahmen (sog. Fixierungen) in den Pflegeheimen unterschiedliche Entwicklungen abzeichneten. Es gab Einrichtungen, die freiheitsentziehende Maßnahmen einschränkten sowie Pflegeeinrichtungen, die Fixierungen auffallend häufig anwendeten. Auf Antrag der schwarz-grünen Mehrheit beschloss der Kreistag daraufhin eine Untersuchung, mit dem Ziel, die Auslöser der An-



wendung von freiheitsentziehenden Maßnahmen zu identifizieren und Maßnahmen ihrer Reduzierung auszuarbeiten. In Kooperation mit dem Deutschen Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. (DIP) in Köln und unter Beteiligung von acht Pflegeeinrichtungen wurde 2007 der Abschlussbericht mit entsprechenden Handlungsempfehlungen vorgelegt. Vom Ansatz her ist dieses Projekt einzigartig in Deutschland. Mittlerweile greifen auch andere Gebietskörperschaften die Ergebnisse aus diesem Projekt auf und entwickeln ähnliche Maßnahmen zur Reduzierung freiheitsentziehender Maßnahmen.

Einführung des Demenz-Labels

In dem mit ESF-Mitteln geförderten INTEGRA-Projekt¹, das in Kooperation mit der Aachener Beratungsfirma MA&T (Mensch, Arbeit & Technik) unter Beteiligung von zahlreichen Pflegeeinrichtungen durchgeführt wurde, erhielt das Amt für Altenarbeit die Aufgabe, ein Qualitäts-Label für die Betreuung demenzkranker Menschen zu entwickeln. Nach Abschluss des Projekts im Jahr 2007 beschloss der damalige Kreistag, das Label im Kreisgebiet zu erproben. Zwischen 2007 und 2010 beteiligten sich sechs Pflegeeinrichtungen daran. Drei dieser Einrichtungen erhielten im Dezember 2010 das Demenz-Label. Seit Januar 2011 befindet sich das Labelverfahren im Routinebetrieb und kann von den Pflegeeinrichtungen gegen eine Gebühr von 5.750,-€ in Anspruch genommen werden. Mittlerweile bewerben sich Einrichtungen aus ganz Deutschland um das Demenz-Label, weil es eines der wenigen Qualitätsmanagementverfahren ist, in der die therapeutische Wirklichkeit ins Zentrum der Begutachtung gestellt wird.

Pflege-Innovationen PIA

Besondere Chancen zur organisationalen Weiterentwicklung zeigt auch das PIA-Projekt², das ebenfalls mit der Firma MA&T mit Mitteln des Landes NRW durchgeführt wurde. Hier entwickelte das Amt für Altenarbeit Beratungs- und Bildungsmaßnahmen, damit die Einrichtungen ihre Zukunftsfähigkeit eigenverantwortlicher gestalten können. Die Ergebnisse aus dem Projekt wurden öffentlich zur Verfügung gestellt. Aktuell beteiligt sich das Amt am Gender-Med-Projekt des MGEPA³ des Landes NRW sowie an einem grenzüberschreitenden Interreg-Projekt.

Erfolgreiches Pflegeportal

Vor acht Jahren richtete das Amt für Altenarbeit in Kooperation mit der Stadt Aachen und der AOK Rheinland/Hamburg ein Pflegeportal ein www.pflege-regio-aachen.de. Die kostenlose Dienstleistung stellt BürgerInnen der Region vielfältige Informationen rund um das Thema Pflege zur Verfügung. So können sich pflegende Angehörige, beruflich Pflegenden, Ehrenamtler und an Ausbildung, Fort- und Weiterbildung Interessierte über aktuelle Angebote und Entwicklungen in der Pflege informieren. Unter dem Link „Projekte“ werden auch umfangreiche Materialien zu den angeführten und weiteren Projekten und Verfahren angeboten.

Dieser keineswegs vollständige Überblick zeigt, dass eine sozialpolitisch engagiert arbeitende Grüne Fraktion in unterschiedlichen politischen Mehrheitskonstellationen innovative Akzente setzen kann.

■ www.pflege-regio-aachen.de

¹ INTEGRA steht für Integrierte Weiterbildung, Personal- und Organisationsentwicklung in stationären Einrichtungen der Altenpflege unter besonderer Berücksichtigung der Betreuung gerontopsychiatrisch Erkrankter www.integra-altenpflege.de. Das Fachbuch zum Projekt ist 2008 im Tectum-Verlag erschienen.

² PIA steht für Pflegeinnovation in der Gesundheitsregion Aachen www.pia-pflege.de. Das Fachbuch zum Projekt wird Ende 2011 im Tectum-Verlag erscheinen.

³ Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (zuständige Ministerin: Barbara Steffens, Bündnis 90/Die Grünen)



Demographie-Beauftragte in Bielefeld

*Susanne Tatje
Demographie Beauftragte der
Stadt Bielefeld*

Demographische Entwicklungsplanung

Die Frage, wie sich Städte und Gemeinden auf den Bevölkerungsrückgang und die veränderte Gesellschaftsstruktur einstellen, wird immer drängender. Denn die Folgen des demographischen Wandels sind bereits in vielen Bereichen unseres Alltags zu spüren und nahezu jeder Bereich ist betroffen. Daher müssen sich viele Städte überlegen, wie sie der demographischen Entwicklung begegnen.

Die Stadt Bielefeld hat schon 2004 auf die demographischen Veränderungen reagiert und als erste deutsche Kommune die Stabsstelle „Demographische Entwicklungsplanung“ im Dezernat des Oberbürgermeisters eingerichtet. Damit hat die Stadt deutlich signalisiert, welchen Stellenwert sie diesem Thema einräumt.

Die Herausforderung annehmen

Die Aufgabe der Demographie-Beauftragten ist in einer Organisationsverordnung festgelegt. Sie besteht in einer strategischen Planung, die alle kommunalen Handlungsfelder umfasst. Es geht hier ausdrücklich nicht darum, einzelne Projekte oder Maßnahmen zu planen. Ziel ist es vielmehr dazu anzuregen, die Chancen der Bevölkerungsentwicklung zu nutzen. Außerdem soll die Beauftragte den Aspekt der demographischen Entwicklung dezernatsübergreifend bei Verwaltungsentscheidungen einbringen.

Zunächst war Hauptaufgabe ein Handlungskonzept zu entwickeln, damit sich die Stadt Bielefeld auf die zukünftige Herausforderung durch den demographischen Wandel einstellen kann. In den Diskussionsprozess wurden unterschiedliche Akteure der Verwaltung und auch gesellschaftliche Gruppen sowie Bürgerinnen und Bürger eingebunden.

Das Konzept mit dem Titel „Demographischer Wandel als Chance?“ wurde nach intensiven Beratungen in der Verwaltung und den politischen Gremien 2006 einstimmig im Rat der Stadt verabschiedet¹. Wichtig war, dass die künftige Strategie einheitlich gestaltet ist und es politisch abgestimmte langfristige Planungen für Bielefeld gibt. Diese sollen sich auch in der Finanzpolitik, also bei Haushaltsberatungen und -entscheidungen, bemerkbar machen. Das Konzept dient als

Leitfaden, den demographischen Wandel aktiv zu gestalten und ist ein passgenauer Vorschlag, den die Stadt aus eigener Kraft erarbeitet hat.

Im Zentrum des Konzepts stehen sechs demographiepoltische Ziele und damit zukünftige Handlungsschwerpunkte für Bielefeld:

- Wir fördern Integration!
- Wir werden die familienfreundlichste Stadt in NRW!
- Wir wohnen zukunftsfähig!
- Wir lernen lebenslang!
- Wir gehen fit in die Zukunft!
- Wir wirtschaften für die Zukunft!

Fit in die Zukunft!

Da nicht alle Themen zur gleichen Zeit zu bearbeiten sind, werden die Ziele nacheinander umgesetzt. Begonnen wurde in einer Pilotphase mit „Wir wohnen zukunftsfähig!“, im Anschluss daran wurde das Thema „Wir fördern Integration!“ erarbeitet. Zurzeit startet das dritte Ziel „Wir lernen lebenslang“. Ganz wichtig: Es geht nicht darum, kurzfristig fertige Lösungen zu präsentieren, sondern die erforderlichen komplexen Maßnahmen sorgfältig zu entwickeln und politisch abzustimmen.

Auch das demographiepoltische Ziel „Wir gehen fit in die Zukunft!“ (Gesundheit, Alter, Pflege) ist entsprechend fachbereichsübergreifend zu erarbeiten. Anhand des Themenkomplexes Alterung möchte ich dies exemplarisch erläutern.

Ein konkretes Beispiel aus dem städtischen „Klinikum Bielefeld“ veranschaulicht, was eine Kommune in diesem Handlungsfeld tun kann. Hier haben die Bereiche Geriatrie und Chirurgie das fächerübergreifende Projekt Alterstraumatologie entwickelt. Ältere Patienten der Unfallchirurgie werden vom ersten Tag nach der OP an mit intensiver Physio- und Ergotherapie, aktivierender Krankenpflege, Schmerzbehandlung und Begleittherapie weiterer Erkrankungen behandelt. Das zeigt Wirkung: Die Patienten werden rascher gesund und können oft in ihr gewohntes Umfeld zurückkehren. Die durchschnittliche Verweildauer im Krankenhaus hat sich von 39 auf 26 Tage verkürzt – das Modell lohnt sich also auch finanziell. Dieser Ansatz ist für Krankenhäuser keineswegs

selbstverständlich, denn normalerweise erfolgt die Behandlung nacheinander: Erst chirurgisch, nach ca. 14 Tagen geriatrisch. Dadurch geht wertvolle Zeit für die Heilung verloren².

Wenn das Projekt für die Gesamt-Stadt weiter entwickelt wird, muss vor allem dafür Sorge getragen werden, dass alte Menschen möglichst lange weiter in ihrem vertrauten Quartier leben können. Dafür ist es wichtig, Kooperationen mit niedergelassenen Ärzten und anderen Kliniken anzustreben, städtische Akteure wie Altenhilfeplanung oder Bauamt einzubinden, Architekten, Designer und Wohnungsbaugesellschaften zu gewinnen, Häuser und Wohnungen – aber auch öffentliche Gebäude – anders zu planen. Es geht um barrierefreie Wohnraumgestaltung, wohnortnahe Gesundheitsvorsorge, Versorgung, Betreuung und Pflege, aber auch um Teilhabe an Kulturangeboten und die Möglichkeit sozialer Kontakte. Auch die optische Gestaltung im öffentlichen Raum muss für alte Menschen deutlich anders aussehen, zum Beispiel die Beschilderung im Straßenverkehr ebenso wie Orientierungstafeln in Bibliotheken, Altenheimen, Krankenhäusern oder im Rathaus. Erste Vorschläge für diesen „Quartiers-Werkzeugkasten“ wurden in dem Demographie Projekt „Räume der Zukunft“ entwickelt³.

Wichtig ist auch die Frage „Wie halte ich mich im Alter fit?“ In Bielefeld ist der Stadtsportbund dafür ein guter Partner. Dort gibt es vielfältige Angebote für ältere Menschen und Hochbetagte, die sich zum Beispiel mit Rollator sportlich betätigen können. Das haben die Senioren und Seniorinnen

auch beim ARD-Aktionstag „Mehr Zeit zu leben“ in einem vielfältigen Programm eindrucksvoll gezeigt⁴.

Blick über das Rathaus hinaus

Meine Aufgabe sehe ich vordringlich darin, die Chancen des demographischen Wandels in Zusammenarbeit mit der Bielefelder Stadtgesellschaft zu nutzen. Bürgerinnen und Bürger sollen sich an der Zukunftsgestaltung beteiligen und einmischen in Workshops, Stadtteilkonferenzen oder Bürgerschafts-Foren.

Aus diesem Grund wurden vor allem Projekte entwickelt, in denen Menschen ihre Ideen einbringen können.

Zum Beispiel die Zukunftswerkstatt für Alt und Jung zur Frage „Wie wollen wir leben in Bielefeld 2050?“, das generationenübergreifende Lese-Projekt „Bücher schlagen Brücken“, um junge und ältere Menschen über Bücher ins Gespräch zu bringen, die „Demographischen Stadtrundgänge“, um die vielen Facetten des Themas bekannt zu machen oder das Projekt „Räume der Zukunft – Sichtwechsel im Liegestuhl“, in dem sich 150 Schülerinnen und Schüler sowie Bürgerinnen und Bürger und Kulturschaffende mit der Stadtteilentwicklung in ihren Quartieren befasst haben.

Die positive Resonanz ermutigt dazu, auch weiterhin kreative Wege zu gehen. Denn die Mühe lohnt sich: Für eine lebendige, zukunftsfähige und lebenswerte Stadt, in der sich unterschiedliche Menschen heimisch fühlen.

1 „Demographischer Wandel als Chance?“; in: Zukunft Stadt – Demographischer Wandel in Bielefeld, Heft 3. Hrsg.: Stadt Bielefeld; Bielefeld 2006

2 Weitere Infos <http://www.kliniken.de/>

3 Zur demographieorientierten Quartiersentwicklung in Bielefeld vgl. „Räume der Zukunft“; in: „Zukunft Stadt“ Heft 3; Hrsg. Stadt Bielefeld, Bielefeld 2005.

4 Vgl. „Demographiebericht 2008“; in: „Zukunft Stadt“ Heft 5. Hrsg.: Stadt Bielefeld, Bielefeld 2009



Das Projekt „Räume der Zukunft – Sichtwechsel im Liegestuhl“ eröffnet neue Perspektiven auf den Stadtteil

Das Ledo-Mehrgenerationenhaus

Das mit dem Innovationspreis der Stadt Köln ausgezeichnete Ledo Mehrgenerationenhaus vereint miteinander Wohnen und Leben von Menschen aller Generationen mit und ohne Handicap. In Zusammenarbeit mit der Stadt Köln und der GAG Wohnungsgesellschaft konnte das Mehrgenerationenhaus mit dem Trägerverein Ledo eV auf die Beine gestellt werden. So ist ein lebendiger Ort gemeinschaftsorientierten Wohnens entstanden. Die Bewohnerinnen Monika, Ute und Annelie geben Auskunft, wie Ledo entstanden ist und was drin steckt.

Forum Was ist das Besondere am Ledo-Mehrgenerationenhaus?

Monika: Das Besondere sind die Menschen, die hier leben. Das sind rund neunzig Menschen mit und ohne Handicap unter einem Dach. Das Durchschnittsalter ist 45 Jahre. Wir leben Normalität ganz unabhängig von Alter, Herkunft oder Portemonnaie. Das zeigt, wie quirlig es hier ist. Wir alle stehen für verlässliche Nachbarschaft. Aber jeder hat eine Tür, die er zumachen kann. Es findet so viel Gemeinschaftsleben statt, wie eben organisiert wird. Das ist der Charme, den das Ganze hat und auch die Sogwirkung.

Forum Wie ist die Idee entstanden gemeinschaftliches Wohnen zu realisieren?

Annelie: Wir wollen anders leben! Nicht so wie unsere Elterngeneration. Wir wollen mit Menschen zusammenziehen die wir kennen, wo ich weiß, mit denen kann ich mich ernsthaft unterhalten und Spaß haben.

Ute: Für Multiple-Sklerose Erkrankte war das Motiv ähnlich, denn wenn man wirklich pflegebedürftig ist, gibt es keine Alternativen. Viele die hier hingezogen sind, haben vorher sehr isoliert gelebt, weil sie die Treppen nicht mehr laufen konnten, nicht mehr aus der Wohnung rausgekommen sind. Es ist jetzt superklasse hier, alles barrierefrei, vom Keller bis zum Dachgeschoss. So können wir wieder selbstständig Kontakt aufnehmen.

Monika: Unsere Motivation war die Wut! Ich bin einsam, ich möchte anders leben! In unserer Initiative gab eine Frau, die in das nahe gelegene Altersheim wollte, um nicht zu vereinsamen. Doch die haben gesagt, sie sind viel zu jung, wir nehmen sie nicht auf. Da haben wir uns vorgenommen unsere Lebenssituation aktiv zu verändern.

Forum Neben der Wut man muss auch viel Mut und eine langen Atem haben, so ein Projekt zu tragen. Wer hat euch dabei unterstützt?

Monika: Wir sind eine Initiative aus der Selbsthilfe, in den Anfängen haben wir von dort Unterstützung bekommen. Wenn es eine Idee gibt, die sich zunächst nicht umsetzen lässt, braucht man Leute die sagen wie es gehen kann. Wie man einen Verein gründet, eine Gruppe führt, in der Selbstdarstellung professionell nach draußen kommt. Das ist erst mal eine Hürde. Aber das war hier möglich, denn Köln ist eine selbsthilfefreundliche Stadt. Hier gibt es über 1.000 Selbsthilfegruppen, viele davon sind in der Selbsthilfekontaktstelle angeschlossen, wo das notwendige Know-how bei Profis abgefragt werden kann.

Forum Hier wohnen immerhin 90 Menschen, das heißt auch viel Verantwortung. Was hat euch dazu gebracht so große Schuhe anzuziehen?

Monika: Das war ein Prozess. Wir hatten zunächst auch so eine Art Wohnprojekt mit acht Leuten in einer Villa im Kopf. Aber Berater mit Erfahrungen aus anderen Wohnprojekten haben uns darauf gebracht, dass größere Gemeinschaften mehr Stabilität geben. Viele Schultern können mehr tragen. Unter einem großen Dach gibt es ein großes Netzwerk und viele Impulse. So können wir aus dem Vollen schöpfen.

Annelie: Wir sind an die Politik herangetreten. Wie wurden von der Verwaltung, der Politik und vom Leitbild der Stadt Köln unterstützt, hier konnten wir unsere Vorstellungen einbringen. Dann hat der Rat der Stadt Köln beschlossen, dass in jedem Stadtteil ein Mehrgenerationenwohnhaus gebaut werden soll. Wir sind jetzt weiter aktiv und klopfen an die Tür, dass der Rat der Stadt diesen Beschluss auch nicht vergisst. Die Verwaltung ist mittlerweile offener geworden.

Monika: Wir haben eine gute Schirmherrin, Marlis Bredehorst, die hier Dezernentin war. Sie hat eine Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ins Leben gerufen und Gremien geschaffen, in denen man sich begegnen konnte. So konnten wir auch am Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik mitwirken. Hier wurde realisiert, was wir für die Stadt Köln wollen: Inklusion nach der UN-Menschenrechtskonvention. Wohnen in der Mitte. Nicht ausgegrenzt irgendwo, in Heimen oder im Pflegeheim, wohnmöglich sortiert nach Art der Behinderung.

Annelie: Die Wohnungsgesellschaft wollte zunächst auch beim Mehrgenerationen Wohnen sortieren. Die Älteren und die Behinderten sollten in ein Haus mit Aufzug und die Jüngeren, die Krach machen, in ein anderes Haus mit Sicht nach außen. Doch so wollten wir nicht miteinander leben, jeder in seinem kleinen Ghetto. Nun können sich alle die Wohnung nach der Himmelsrichtung aussuchen und es geht nicht danach, wer im Rollstuhl sitzt und wer nicht.

Forum: Für die Wohnungsbaugesellschaft ist die Zusammenarbeit mit euch also auch ein Erfahrungsprozess. Ist daraus auch eine andere, generell behindertenfreundlichere Herangehensweise entstanden?

Monika: Ja, sie sagen dass sie mit uns gelernt haben, was barrierefreies Wohnen ist und stellen sich im demographischen Wandel auch anders auf. Barrierefreies Wohnen wird jetzt nicht nur im Erdgeschoss, sondern im ganzen Haus umgesetzt. Barrierefreier Wohnraum wird von vielen händerin-

gend gesucht. Das muss noch weiter entwickelt werden. Wir haben mit der Wohnungsbaugesellschaft auch an einem Konzept mitgewirkt, was Menschen mit Handicap in der Wohnung unbedingt brauchen. Diese Erfahrungen wurden in Musterwohnungen umgesetzt. Dann soll im gesamten Bestand untersucht werden, wie dringend das Problem eigentlich ist. Die Zusammenarbeit hat funktioniert, wie eine Lawine die miteinander losgegangen ist.

Forum: Bei vielen Mehrgenerationen Projekten geht die Initiative von Frauen aus. Welche Erfahrungen habt ihr hier gemacht?

Auch hier sind die Initiatorinnen Frauen. Es gab einige Männer die mitgemacht haben. Sie wollten eine Aufgabe, etwas Konkretes tun, wie Hausmeister werden. Den Männern ging das alles nicht schnell genug, sie haben den Prozess nicht durchgehalten.

Forum: Wie entsteht das gemeinschaftliche Lebensgefühl?

Annelie: Unser Zusammenhalt, der durch die initiative Arbeit entstanden ist, steckt an. Ein Herzstück dafür ist unser Gemeinschaftsraum, hier findet das soziale Leben und auch unser Ledo Café statt. Hier treffen sich auch viele Initiativen, es gibt es einen offenen Austausch über das, was passiert.

Forum: Wie wird die gemeinschaftlich genutzte Infrastruktur finanziert?

Monika: Alle Bewohner zahlen 20 Euro im Monat für alles was gemeinschaftsorientiert genutzt wird: Gemeinschaftsraum, Strom, Garten. Das muss



Das Ledo-Mehrgenerationenhaus vereint 90 Personen mit und ohne Handicap unter einem Dach.

alles gepflegt und unterhalten werden. Alle müssen wissen, was mit den zwanzig Euro passiert. Es ist natürlich auch eine Verantwortung immer Neue für gemeinschaftliche Aufgaben zu finden, das muss kommuniziert werden.

Forum *Wie werden die Wohnungen finanziert und was kosten sie?*

Monika: Das ist hier sozial geförderter Wohnungsbau mit ortsüblicher Miete entsprechend dem Mietspiegel der Stadt Köln. Durch die Nutzung von Geothermie und Solarzellen sind unsere Nebenkosten sehr gering und weitgehend verbrauchsunabhängig.

Forum *Es gibt in vielen Städten zahlreiche Initiativen, die gemeinschaftliche Wohnprojekte realisieren möchten. Wie kann der Rat der Stadt unterstützen?*

Monika: In Köln gibt es viele Wohngruppen, die händierend einen Standort suchen. Es steht und fällt mit einem bezahlbaren Grundstück. Da muss die Kommune unterstützen, damit Investoren, wie Wohnungsbaugesellschaften, sich für neue Wohnformen öffnen.

Annelie: Es muss ein zentraler Standort sein, wo die lokale Versorgung fußläufig erreichbar ist nicht irgendwo auf einem Acker. Vor allem bei sozialen

Projekten ist ein Gemeinschaftsraum wichtig, denn nur so kann Gemeinschaftsleben funktionieren.

Forum *Welche Unterstützung ist nötig, damit der gemeinschaftliche Zusammenhalt in Gang gesetzt wird?*

Monika: Zur Unterstützung für den Gruppenprozess ist eine Moderation wichtig. Wenn es in einer Gruppe mal ein bisschen knallt, dann braucht es den Übersetzer von außen. Das lohnt sich, weil es die Gruppe nachhaltig stützt.

Annelie: Es gibt sehr unterschiedliche Gruppen für Mehrgenerationenprojekte. Wir waren eine Wohngruppe, die auf den Investor zugegangen ist. Bei anderen Mehrgenerationen Wohnhäusern in Köln gab es zunächst das Grundstück und den Investor. Die Menschen, die dort wohnen wollen, mussten gesucht werden. Das hat funktioniert, aber besonders da ist eine Moderation wichtig, um die Netzwerke für die Menschen zu bilden.

Forum *Vielen Dank für das Gespräch.*

Das Interview führte Dunja Briese

Weitere Informationen unter:
www.ledo-wohnen.de



Entwurf für das neue Schulgesetz

Eckpunkte für Sekundarschule stehen

Pünktlich zum Schulbeginn stellten SPD, CDU und die Grünen am 06.09.2011 ihren Schulgesetzentwurf vor. Schon vor der Sommerpause hatten sich die Spitzen der rot-grünen Koalition und die CDU-Opposition auf ein gemeinsames Konzept zur Schulreform und die Einführung der Sekundarschule geeinigt. Die drei Fraktionen verständigten sich am 19. Juli 2011 auf Eckpunkte für einen Schulkonsens. Die schulpolitischen Sprecher der drei Parteien stellten die zentralen Aspekte des neuen Gesetzes vor, mit dem die Reform umgesetzt werden soll.

Das Konzept der Sekundarschule

Die Sekundarschule soll zum Schuljahr 2012/13 eingeführt werden. Von Klasse fünf bis zehn wird hier gelernt, eine Oberstufe bietet die Sekundarschule nicht an. Wer das Abitur machen will, muss dafür nach der zehnten Klasse auf Gymnasium oder Gesamtschule wechseln. Der Anschluss an die Oberstufe soll immer gewährleistet werden. Dazu sind die Sekundarschulen zur Kooperation mit Gymnasien und Gesamtschulen verpflichtet. Die Sekundarschule bildet für alle Abschlüsse aus. Unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten sollen durch individuelle Förderung und kleine Klassen mit maximal 25 Schülern aufgefangen werden.

In den Klassen fünf und sechs sollen alle Schüler noch gemeinsam unterrichtet werden. Ab der siebten Klasse könne jede Schule entscheiden, ob die Schüler weiter gemeinsam lernen, oder nach Leistung getrennt werden. Insgesamt soll an der Sekundarschule sehr flexibel gelernt werden. So muss zum Beispiel nicht jeder Schüler in der sechsten, sondern kann auch erst in der achten Klasse eine zweite Fremdsprache wählen. Das neue Gesetz soll für die nächsten zwölf Jahre gelten.

Ein Kompromiss für den Schulfrieden

Alle drei Fraktionen haben laut ihrer schulpolitischen Sprecher dem Gesetzentwurf einstimmig zugestimmt. Dabei ist das neue Schulgesetz mitsamt der Sekundarschule ein lang diskutierter Kompromiss. Die rot-grüne Minderheitsregierung musste sich von ihrem Konzept „Gemeinschaftsschule“ verabschieden und setzte dafür das favorisierte längere gemeinsame Lernen durch. Die CDU sichert durch die ausgelagerte Oberstufe, weiterhin

die Vormachtstellung der Gymnasien in NRW. Die Konservativen willigen im Gegenzug dazu ein, die Bestandsgarantie der Hauptschulen aus der Landesverfassung zu streichen. Die angestrebte Verfassungsänderung, mit der die institutionelle Garantie der Hauptschule in der NRW-Verfassung aufgegeben werden soll, wird mit der Schließung vieler Hauptschulstandorte und dem massiven Rückgang der Schülerzahlen, auf Grund der demographischen Entwicklung und des veränderten Schulwahlverhaltens der Eltern, begründet.

Auch der Philologen-Verband und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in NRW loben den Gesetzentwurf. Die GEW sieht im längeren gemeinsamen Lernen mehr Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche und spricht von einer grundsätzlichen Weiterentwicklung des Schulsystems.

Landtagsberatung über das neue Gesetz

Bis 2015 rechnen die Politiker mit insgesamt 200 Sekundarschulen, rund 750 zusätzliche Lehrer müssen dafür laut Gesetzentwurf finanziert werden.

Die ersten Lesungen des 6. Schulrechtsänderungsgesetzes sowie des Gesetzes zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen stehen auf der Tagesordnung der Sondersitzung des Landtags NRW am 9. September 2011.

Dabei soll der Entwurf für das Schulrechtsänderungsgesetz „neben den heutigen Schulformen der Sekundarstufe I (Hauptschule, Realschule) oder mit Sekundarstufe I und Sekundarstufe II (Gymnasium, Gesamtschule) die Sekundarschule als weitere Schulform der Sekundarstufe I“ im nordrhein-westfälischen Schulgesetz verankern.

Die Gesetzgebungsverfahren sollen nach Wunsch der drei Fraktionen bis Oktober dieses Jahres abgeschlossen werden. Das ist die Begründung für die Sondersitzung im unmittelbaren Anschluss an die Sommerpause.

DB

Motoren für Klimaschutz und Wirtschaft

Energiewende durch Energieparks

*Gerhard Joksch
Stadtbaurat a. D.,
Mitglied der
GAL Ratsfraktion Münster*

Erneuerbare Energien werden die Versorgung mit Strom, Wärme und Kälte hierzulande dominieren, das ist kein Streitpunkt mehr. Es geht nun darum, wie schnell die Energiewende kommt. Unbestritten ist auch, dass dadurch viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Heute arbeiten bereits mehr als 370.000 Menschen in Deutschland für Erneuerbare Energien – Tendenz steigend! Wirtschaftliches Wachstum ist zunehmend von neuen Umwelt- und Energietechnologien abhängig. Sie werden traditionell wichtige Sektoren wie Fahrzeugbau oder Metallverarbeitung bald überrunden.

Dass die Energiewende auch eine Wirtschaftswende ist, gilt auch kommunal. Erneuerbare Energien schafften bereits 2008 Werte von fast 7 Mrd. €. Mehr als 110.000 Arbeitsplätze in deutschen Städten und Gemeinden hängen an den Erneuerbaren – Tendenz ebenfalls steigend!

Die kommunale Wirtschaftsförderung befasst sich folgerichtig immer häufiger mit dem Thema Energie. Und auch grüne Ratsfraktionen, die an der Weichenstellung einer kommunalen Energiewende aktiv mitwirken möchten, haben hier große Gestaltungsspielräume.

Energieparks vor Ort

Energieparks sind Prototypen für die Verknüpfung von Energiewende und Wirtschaftswachstum in Städten und Gemeinden. Bundesweit gibt es bereits mehr als 50 Einrichtungen. Ihr Spektrum ist weitgespannt.

- ❑ Dardesheim im Harz will mithilfe der im „Energiepark Druiberg“ errichteten Windenergie- und PV-Anlagen zur „Stadt der erneuerbaren Energien“ werden und „sämtliche in der 970-Einwohner-Stadt verbrauchte Energien aus regionalen, erneuerbaren Energien“ produzieren.
- ❑ Im „Energiepark Clausthal“ der Technischen Universität Clausthal, ebenfalls im Harz, wird demonstriert, wie „unterschiedliche Energieträger wie Wind, Sonne, Wasser und Biomasse genutzt und anhand eines Leitsystems geschickt kombiniert werden.“
- ❑ Die Gemeinde Saerbeck im Münsterland nutzt das Gelände eines ehemaligen Munitionsde-

pots der Bundeswehr als zentralen Standort für Wind-, Sonnen- und Bioenergie und als wirtschaftlichen „Standortvorteil“: Das Kompostwerk des Kreises Steinfurt soll im „Bioenergiepark Saerbeck“ errichtet werden.

- ❑ Die Häfen Bremerhaven und Cuxhaven konkurrieren mit Energieparks, um „zur zentralen Verladestelle für den Bau von Windenergieparks auf dem Meer zu werden.“
- ❑ Im „Energiepark Mont-Cenis“, auf dem Gelände einer stillgelegten Zeche in Herne, werden die Dach- und Wandflächen der dort etablierten Fortbildungsakademie des Landes NRW für eines „der größten Solarkraftwerke seiner Art“ genutzt. Ein Blockheizkraftwerk, in dem Grubengas in Strom und Wärme umgewandelt wird, versorgt eine angrenzende Wohnsiedlung und ein Krankenhaus mit Wärme.

Ortsnahe Nutzung

Energieparks verknüpfen die Nutzung Erneuerbarer Energien, den Klimaschutz und die lokale Energieversorgung mit weiteren Zielen. Neben Wissenschaft und Forschung stehen dabei Wirtschaft und Arbeitsplätze im Vordergrund. Industrie- und Gewerbeflächen, die Parks als Standorte für Betriebe mit „regenerativ-affiner“ Produktion attraktiv machen, steigern die Chancen.

Um die im Energiepark erzeugte Wärme, Kälte und elektrische Energie ortsnahe nutzen zu können, brauchen die Parks die Nähe zu „Energiesenken“ aus dem gewerblich-industriellen Bereich oder aus dem Wohnsektor. Sie sollten deshalb städtebaulich integriert oder „Siedlungsbereichen räumlich zugeordnet sein“ und über eine „ausreichende verkehrliche Erschließung“ verfügen. Das unterscheidet Energieparks von herkömmlichen gewerblich-industriellen Themenparks, die besonders aus Gründen des Immissionssschutzes – meistens weit entfernt von Wohnsiedlungen im Außenbereich der Städte liegen.

Energiepark Münster

Den Anstoß für den Energiepark Münster gaben ENVECO und ZEPHYR, zwei in Münster ansässige Firmen. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen

war, dass die ehemalige „Klimahauptstadt“ Münster weder bei den regenerativen Energien noch bei der Ausnutzung der Energiewende als Wirtschaftswende eine positive Rolle spielt: Nicht einmal zwei Prozent der im Münsterland installierten Leistung von Anlagen regenerativer Energietechnik stehen in Münster, und die Wirtschaftsförderung der Stadt hält Erneuerbare Energien für „unsicher“! Gleichzeitig ist Münster Standort bedeutender Unternehmen der Energietechnik wie Westfalen AG oder Kenersys. Sie bilden Anknüpfungspunkte für den Energiepark. Er soll attraktiver Unternehmensstandort und zugleich „Schauplatz“ für die Demonstration ihrer Produkte werden. Gelingt dies, dann werden diese Unternehmen eher in Münster bleiben, und neue „regenerativ-affine“ Firmen werden die Stadt bei der Standortwahl als interessante Alternative entdecken und nutzen.

Gute Voraussetzungen für einen Energiepark bietet Münster auch deshalb, weil das MEET in NRW hier seine bahnbrechende Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Speichermedien für Strom betreibt. Leistungsstarke Batterien und Kondensatoren werden in der öffentlichen Diskussion gemeinhin nur als Energiequelle für Elektroautos wahrgenommen. Ihre Speicherkapazität spielt aber auch für die Entwicklung der Erneuerbaren Energien eine ausschlaggebende Rolle: Sie glätten die tageszeitlich und meteorologisch bedingt schwankende Erzeugung von Strom aus Wind- und Sonnenenergie und verbessern damit ihre „Grundlastfähigkeit“. Der „Energiepark Münster“ soll auch als praktisches Testfeld für diese Komponenten fungieren.

Als Standort für den Energiepark haben die Initiatoren ein Gelände im Norden der Stadt, zwischen dem Stadtteil „Münster-Coerde“ und den beiden großflächigen Industrie- und Gewerbegebieten „Schiffahrter Damm“ und „Kleimannbrücke“, gewählt. Hier ist bereits heute das Zentrum der Stadt für Regenerative Energie: Mehrere Block-

heizkraftwerke produzieren Strom und Wärme und nutzen das Methan aus der Kläranlage und dem Entsorgungszentrum der Stadt als Brennstoff. Auf dem Südhang der Deponie fängt die mit 1,1 MW stärkste PV-Anlage in der Stadt Sonnenenergie ein. In unmittelbarer Nachbarschaft befinden sich Betriebe mit großem Energiebedarf. Vorteile bietet auch die leistungsfähige Erschließung: Der Dortmund-Ems-Kanal führt mittendurch, eine Anbindung des Parks an die nahegelegene DB-Strecke Münster-Rheine-Emden ist im Flächennutzungsplan der Stadt bereits dargestellt und die nächste Anschlussstelle an die BAB 1 liegt in Sichtweite.

Das zusammen mit der grünen Ratsfraktion erarbeitete Konzept für den Energiepark umfasst viele Bausteine. Geplant sind beispielsweise ein Bioressourcenwerk, das ausschließlich Bioabfall aus den kommunalen Betrieben nutzt sowie mehrere Windenergieanlagen. Ein Leitungsnetz soll die anfallende Energie (Wärme, Biogas und Strom) zu den nahegelegenen großen gewerblich-industriellen Energieverbrauchern und in den Stadtteil „Münster-Coerde“ transportieren. Für die Ansiedlung von regenerativ-affinen Betrieben können Flächen von mehr als 100 ha Größe erschlossen werden – zum großen Teil in städtischem Besitz.

GAR-Inhouse Seminar

Gerhard Joksch bietet Inhouse-Seminare mit dem Schwerpunkt „Klimaschutz ein Leitfadens für Städte und Gemeinden“ für Ratsfraktionen an. Die Seminarinhalte können nach Rücksprache mit dem Referenten auf die individuelle Ausgangslage der Kommune zugeschnitten werden. Auch brandneue Themen wie die „Klimaschutznovelle“ des BauGB werden angeboten. Für neue Mitglieder wie erfahrene Praktiker, die sich Denkanstöße erschließen wollen.

Datum/Ort: Auf Anfrage

Für GAR-Mitgliedsfraktionen 300 Euro zzgl. MwSt und Fahrtkosten

Information und Anmeldung: gerhard.joksch@archplan.de

Information: www.gar-nrw.de



Als Standort für den Energiepark Münster wurde ein Gelände zwischen zwei großflächigen Gewerbegebieten im Norden von Münster gewählt.

Schrittweise Handlungsfähiger Stärkungspakt Stadtfinanzen

Überschuldete Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sollen wieder handlungsfähig werden. Deshalb will das Land sie schon ab diesem Jahr jährlich mit insgesamt 350 Millionen Euro unterstützen. Im Gegenzug müssen diese Kommunen aber einen klaren Sanierungskurs einschlagen.

In Stufe eins des Sanierungsplans hilft das Land in besonders dringlichen Fällen: Kommunen, die akut von Überschuldung betroffen sind oder bei denen eine solche bis zum Jahr 2013 zu erwarten ist, werden ab dem Jahr 2011 mit extra bereitgestellten Mitteln von jährlich 350 Millionen Euro bei der Haushaltskonsolidierung unterstützt. Für sie ist die Teilnahme am Stärkungspakt zwingend.

In einer zweiten Stufe können ab 2012 solche Kommunen in den Konsolidierungspakt einbezogen werden, bei denen die Haushaltsdaten 2010 eine Überschuldung bis 2016 erwarten lassen. Für sie sind Mittel in Höhe von 65 Millionen Euro im nächsten Jahr, 115 Millionen Euro 2013 und 310 Millionen Euro ab 2014 vorgesehen. Diese Mittel

sollen über das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) und eine Solidarumlage bei den finanzstarken Kommunen bereitgestellt werden.

Ab Ende 2013 sollen die Ergebnisse des Stärkungspakts überprüft werden. Dann wird auch untersucht, ob es eine dritte Stufe mit weiteren teilnehmenden Städten und Gemeinden geben wird.

Im Gegenzug zu der Sanierungshilfe des Landes, muss die Empfängergemeinde einen klaren Sparkurs einschlagen. Der kommunale Haushalt muss mit dem Geld aus dem Stärkungspakt innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen sein. Bis spätestens zum Jahr 2020 muss ein Haushaltsausgleich dann aus eigener Kraft erreicht werden.

Einzelheiten sind in den „Eckpunkten zum Stärkungspakt“ erläutert, das die nordrhein-westfälische Landesregierung beschlossen hat.

DB

Das Eckpunktepapier gibt es unter
www.gar-nrw.de und www.mik.nrw.de

NRW und Niederlande

Austausch von Geoinformationen

Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und die Niederlande stärken ihre Zusammenarbeit beim Klimaschutz. Dazu wollen sie künftig ihre Geoinformationen über Klimadaten austauschen. Auch Potenziale für die Nutzung erneuerbarer Energien sollen über die Grenzen hinweg für die Landesnachbarn abrufbar sein. Darauf haben sich Vertreter der Länder jetzt auf einer Fachtagung verständigt.

Die Daten sollen für Verwaltung, Wirtschaft und Bürger abrufbar sein. Sie geben zum Beispiel darüber Auskunft, wo sich im grenznahen Bereich die Errichtung von Windenergieanlagen lohnt oder welche Dachflächen für die Nutzung von Solarenergieanlagen geeignet sind.

Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und die Niederlande begleiten gemeinsam das grenzüberschreitende Programm zum Austausch von Geodaten (X-border-GDI). Das Programm schafft eine digitale Infrastruktur, um Karten und Fachinformationen zusammenzuführen und nutzbar zu machen. Neben der Zusammenarbeit in den

Bereichen Klima und regenerative Energien, unterstützt es auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Katastrophenschutz, Hochwasserschutz, Natur- und Umweltschutz, Verkehr und der Raumplanung.

Mit X-border-GDI setzen die Partner auch die „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft“ (INSPIRE-Richtlinie) um. Das Programm wird von der Europäischen Union gefördert. Es greift auf bestehende Internetportale der beteiligten Partner zurück. In NRW ist es das GEOportal.NRW, das den Zugang zu digitalen Daten von Kommunen und Landesbehörden ermöglicht www.geoportal.nrw.de. In den Niederlanden wird das Nationale Geoportal und in Niedersachsen das Geodatenportal Niedersachsen genutzt.

Weitere Informationen unter
www.x-border-gdi.org
www.mbem.nrw.de/unsere-themen-von-a-z/niederlande-94.html

Oberlandesgerichts Stuttgart

Kartellbeschluss zu Wasserpreisen aufgehoben

Der Kartellsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart hat eine Verfügung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg als Landeskartellbehörde gegen die Energie Calw GmbH als Wasserversorgungsunternehmen aufgehoben, aber auch Signale der Wettbewerbskontrolle gesendet.

Mit einer Verfügung wollte das baden-württembergische Umweltministerium die Energie Calw GmbH auf einen reduzierten Wasserpreis verpflichten. Für die Jahre 2008 und 2009 sollte bei allen Tarif-Wasserkunden ein Nettopreis von 1,82 Euro je Kubikmeter bei der Berechnung der Wasserentgelte zu Grunde gelegt werden. Die Differenz sollte bis zum 31.05.2011 allen Wasserkunden erstattet werden.

Wenig Zuspruch fand die Verfügung beim Kartellsenat des Oberlandesgerichtes Stuttgart. Der hob die entsprechende Verfügung der Landeskartellbehörde auf, weil die Prüfmethodik des Umweltministeriums Mängel aufwies. Der Kartellsenat beanstandet, dass die für eine Preismissbrauchskontrolle vorrangig gebotene Darstellung – nach dem so genannten Vergleichsmarktkonzept „Als-Ob-Wettbewerb“ – nicht vorgenommen wurde.

Eine Kosten- und Kalkulationskontrolle nach eigenen Kalkulationsmaßstäben wäre nach Ansicht des Senats nicht hinreichend.

Zur Missbräuchlichkeit, der von der Energie Calw GmbH geforderten Wasserentgelte, äußerte sich das OLG Stuttgart aber nicht abschließend. Jedoch signalisierte der Kartellsenat des OLG, dass die Landeskartellbehörde eine Missbrauchskontrolle üben durfte und diese insbesondere bei der Energie Calw GmbH angezeigt erschien, da diese im Feld der ausschließlich monopolisierten Wasserversorger – je nach Erhebungszeitraum – der teuerste Wasserversorger war. Da sei nach Ansicht der Richter eine Kontrolle erforderlich. Eine Kontrolle auf der Grundlage des Vergleichsmarktkonzepts könnte durchaus zu einem ähnlichen Ergebnis führen, das in der angegriffenen, aber aufzuhebenden Verfügung bereits niedergelegt sei.

Die Rechtsbeschwerde zum Bundesgerichtshof zur Klärung von Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung ist für die Kartellbehörde zugelassen.
OLG Stuttgart: Beschluss vom 25.08.2011
(Az. 201 Kart 2/11)

VW

Bundesverwaltungsgericht

Keine Gebührenbescheide durch Private

Das Bundesverwaltungsgericht hat Urteile des Thüringer Oberverwaltungsgerichtes bestätigt, wonach ein Wasser- und Abwasser-Zweckverband den Erlass von Gebührenbescheiden nicht durch vertragliche Vereinbarung auf eine privatrechtlich organisierte Gesellschaft (GmbH) übertragen darf. Die Richter des Bundesverwaltungsgerichts sehen einen Gebührenbescheid als rechtswidrig, wenn er nicht von dem zuständigen Hoheitsträger erlassen worden ist. Demnach ist es nicht möglich, dass der

Hoheitsträger – in diesem Fall ein Zweckverband – die Berechnung der Wasser- und Abwassergebühren sowie die Erstellung und Versendung der Bescheide einer privaten GmbH im Wege eines Geschäftsbesorgungsvertrages überträgt.

Damit werden Gemeinden die Gebührenbescheide zukünftig wieder selbst erlassen.
BVG vom 23.08.2011
(Az. 9 C 2.11, 3.11 und 4.11)

VW



Baugruppen und Wohngruppenprojekte Ein Handbuch für Kommunen
Hrsg: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Düsseldorf, 2010

Ein Handbuch für Kommunen

Baugruppen und Wohngruppenprojekte

Auf Grund des gesellschaftlichen Wandels werden Baugruppen und Wohngruppenprojekte als neue Formen des Zusammenlebens für unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen immer interessanter. Wohnprojekte genießen hohe Aufmerksamkeit und leisten wichtige soziale und gesellschaftliche Aufgaben.

- Der Imagegewinn für eine Stadt oder ein kommunales Wohnungsunternehmen ist groß.
- Besonders in Mehrgenerationen-Wohnprojekten können Alleinstehende, Ältere und Behinderte integriert werden.
- Wohngruppenprojekte bieten häufig soziale Räume und Angebote, die auch dem umliegenden Quartier zu Gute kommen und Stadtteile stabilisieren.
- Die Verknüpfung geförderter und nichtgeförderter Wohnungen unter einem Dach fördert die Integration von Menschen unterschiedlicher Sozialstrukturen.
- Für die Stadtentwicklung tun sich Chancen auf – sowohl bei der Brachflächenbesiedlung,

bei der Projektentwicklung auf schwierigen innerstädtischen Grundstücken oder auch bei der Erhaltung und/oder Umnutzung erhaltenswerter Stadtbild prägender Gebäude.

Dreh- und Angelpunkt für die Realisierung solcher Projekte sind die Kommunen, die auf ganz unterschiedliche Art Unterstützung bieten können.

Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW hat ein praxisnahes Handbuch aufgelegt, das den Kommunen Wege und Maßnahmen aufgezeichnet, wie solche Projekte stärker unterstützt werden können. Das vom koelnInstitut iPEK konzipierte Handbuch ist im Baukastensystem aufgebaut. Jede Kommune kann nach eigenem Bedarf die Themen und Anregungen auswählen.

Die Broschüre kann im Ministerium kostenlos angefordert werden und steht auf der Homepage zum download bereit.

DB

www.mwebwv.nrw.de
broschueren@mwebwv.nrw.de



Das Lebende lebendiger werden lassen
Wie uns neues Denken aus der Krise führt
Hans-Peter Dürr
2011. 165 S.
Oekom Verlag, München
ISBN 978-3-86581-269-8

Wie uns neues Denken aus der Krise führt

Das Lebende lebendiger werden lassen

Neue Zeiten sind angebrochen. Zeiten, in denen ‚Alternativen‘ gedacht werden, trotz heraufbeschworener ‚Alternativlosigkeit‘.

Hans-Peter Dürrs „Das Lebende lebendiger werden lassen. Wie uns neues Denken aus der Krise führt“ ist eines dieser Bücher, die ‚Neues‘ denken und für alle nachvollziehbar formulieren. Dem renommierten Physiker und engagierten Vordenker der Umwelt- und Friedensbewegung gelingt es ganz ohne Fachsimpelei, aus seiner Kompetenz zu schöpfen. Neben einer Einleitung und einem Anhang zu seiner Person, führen die ersten beiden Kapitel eine Ist-Analyse durch, die Grundlage zur Entwicklung eines alternativen Gedankenguts ist. Der Physiker bedient sich logischer Denkmuster, die den Leser Schritt für Schritt mit-denken-lassen. Im dritten Kapitel erstellt er ein „Wörterbuch des Wandels“ und widmet sich Begriffen wie, Arbeit, Atomkraft, Energie, Frieden, Nachhaltigkeit sowie Poesie und Transzendenz, um nur einige Beispiele

zu nennen. Unter W-wie Wirtschaft werden übliche Denkmuster der Volkswirtschaftslehre infrage gestellt. So sei beispielsweise das Kapital aus der Trias ‚Arbeit, Boden, Kapital‘ ‚eigentlich kein Produktionsfaktor als vielmehr ein Organisationsfaktor, der erlaubt, kostenloses Naturvermögen in Geld bewertetes Tauschwertvermögen umzubuchen“ (S. 129).

Alles in allem reiht sich dieses Werk in die aktuelle Bewegung den Menschen als einen Teil der Natur zu betrachten ein und bietet so neue Perspektiven für einen besseren Einklang mit der Natur.

Dürr war Mitglied des Club of Rome und lange Jahre Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik in München. Als Querdenker unserer Zeit erhielt er 1987 den Alternativen Nobelpreis 1995 – als Mitglied von Pugwash International – den Friedensnobelpreis.

GE

Das große Vergessen im Netz

Demographie und Demenz

Das Max-Planck-Institut für demografische Forschung und das Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels sind gleich zwei Institutionen aus Rostock, die sich der Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung widmen. Im PDF-Newsletter „Demographische Forschung“ lassen sich ihre laienverständlich aufbereiteten Forschungsergebnisse nachvollziehen. 2008 gingen die Experten von 1,2 Millionen Demenzerkrankten in Deutschland aus. Aus Krankenkassendaten ermittelten sie außerdem eine Altersverteilung. Insbesondere in den Alterskohorten ab 75 Jahren sind eine doppelt bis dreifach so hohe Anzahl von Frauen gegenüber den Männern an Demenz erkrankt. Ursächlich dafür sind die geringere Lebenserwartung der Männer und das höhere Erkrankungsrisiko der Frauen. Für das Jahr 2050 belaufen sich die Schätzungen auf ca. 2,3 Millionen Demenzerkrankte. Die Kostenprognosen für das deutsche Gesundheitssystem schwanken zwischen 70 und 130 Milliarden Euro pro Jahr. Tröstlich immerhin, dass auch die Zahl der Lebensjahre, die die Menschen in Gesundheit verbringen, zunimmt. Der Alterungsprozess setzt immer später ein.

Der medizinische Fortschritt bei der Demenzbehandlung lässt hingegen auf sich warten, weil die Mechanismen, die zur Demenz führen, noch kaum verstanden werden. Erfolgreiche therapeutische Konzepte stehen bislang aus. Medikamente können heute die Erkrankungssymptome lediglich dämpfen, jedoch den Gehirnabbau nicht stoppen. Die Saarbrücker Zeitung fasste das so zusammen: „Die Medizin tritt auf der Stelle und die Pille gegen die Demenz bleibt wohl eine Wunschvorstellung“. Der Direktor des Deutschen Instituts für Demenzprävention (DIDP) in Homburg/Saar, Prof. Tobias Hartmann, sieht derzeit nur die Möglichkeit, die Lebensstilfaktoren in der mittleren Lebensphase – also vor Ausbruch der Krankheit – zu beeinflussen: Mediterrane Kost (viel Gemüse, Obst, Olivenöl, wenig rotes Fleisch), Blutfettwerte senken, körperliche Aktivität, Gehirn betätigen und – kaum zu fassen – „moderater“ Alkoholgenuß. Die verschiedenen Forschungsaktivitäten, die in



der Modellregion Saarland für die flächendeckende Epidemiologie, Therapie und Versorgung demenzieller Erkrankungen unternommen werden, können auf der Homepage nachgelesen werden.

Für betroffene Familienangehörige gibt es inzwischen vielfältige und solide Informationsangebote im Netz. Darunter der Wegweiser Demenz des Bundesfamilienministeriums oder die Seiten der Alzheimer Forschung Initiative (AFI) in Düsseldorf. Sie bieten medizinische Basisinformationen und vor allem Orientierung im Dschungel der Unterstützungsleistungen und Institutionen an. Es gibt auch Seiten, wie die der „Alzheimer Gesellschaft“, in der kommerzielle Verlinkungen im Vordergrund stehen, möglicherweise als Sponsoring. Da nicht einmal ein Impressum zu finden ist, erscheint die Seriosität zumindest nicht zweifelsfrei. Eine sinnvolle Angebot hingegen sind die AFI-Kids-Seiten, auf denen die Alzheimer-Krankheit kindgerecht in Comic-Form erklärt wird, damit die Kleinen verstehen, warum Oma oder Opa sich so merkwürdig verhält. Zunehmend bilden sich auch regionale und kommunale Initiativen und Netzwerke, die sich mit der Demenzproblematik unterstützend auseinandersetzen. Und wie in Hagen einen jährlichen Demenztag bestreiten, an dem sich 24 Hagener Einrichtungen und Initiativen vorstellen.

Hans-Jürgen Serwe

Internet-Adressen:

Demographie und Demenz
www.demografische-forschung.org
www.didp.org

Demenzportale
www.wegweiser-demenz.de
www.alzheimer-forschung.de
www.engagiert-in-deutschland.de
www.alzheimer-gesellschaft.de
www.afi-kids.de

Kommunale & regionale Netzwerke
www.demenznetz-aachen.de
www.deutsche-alzheimer.de
www.netzwerk-demenz-oberhausen.de
www.demenz-hagen.de

GAR-BILDUNGSPROGRAMM II/2011

ZENTRALE SEMINARE

SA. 22. OKTOBER 2011 MIT BEN JOPEN, PC-COLLEGE (DÜSSELDORF)

EINFÜHRUNG IN WORDPRESS

SA. 12. NOVEMBER 2011 MIT BERTHOLD ROTHE, AUSLANDSGESELLSCHAFT (DORTMUND)

BAULEITPLANUNG I

SA. 19. NOVEMBER 2011 MIT NIKOLAUS NIET, CVJM (DÜSSELDORF)

PRAKTISCHES PRESSETRAINING (ODER: LIES MICH, ICH BIN WICHTIG!)

SA. 26. NOVEMBER 2011 MIT MANFRED MORGENSTERN, GARAGE BILK (DÜSSELDORF)

DER KOMMUNALE HAUSHALT IM NKF – POLITISCH

SA. 03. DEZEMBER 2011 MIT PETER FINGER, AUSLANDSGESELLSCHAFT (DORTMUND)

KOMPETENT IN RAT UND AUSSCHUSS

SA. 10. DEZEMBER 2011 MIT GUIDO PFEIFFER, A&O (DÜSSELDORF)

BÜRGERINNENBETEILIGUNG IN DER KOMMUNE

SA. 17. DEZEMBER 2011 MIT MARLIS BREDEHORST, CVJM (DÜSSELDORF)

RATSFRAUENTREFFEN: LANDESINITIATIVE FRAU & WIRTSCHAFT